

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmenpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst seit Februarwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehnt. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitnerplatz 10, Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Gedächtnis: Weitnerplatz 10, Tel. 25 281.  
Geschäftszeit vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die gespaltenen Heftzettel mit 80 Pf. berechnet, bei besonderer Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsabzüge 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 256.

Dresden, Dienstag den 4. November 1913.

24. Jahrg.

In den rheinischen Städten finden ausföhlreiche Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen statt.

Der wegen Totschlags verurteilte Postreisender v. Knoblauch wurde in einer neuen Verhandlung wegen Geisteskrankheit freigesprochen.

In Elberfeld, Kraka u. Cernowiz wurden zahlreiche Angehörige der Schifffahrtsgesellschaften verhaftet.

Der Prinz zu Wied erklärt sich zur Annahme der Kronabgabe für Albanien bereit; die Zustimmung der Mächte soll gefordert werden.

Die deutschen Flieger Caganico und Friedberg legten bei einer Rundfahrt 3200 Kilometer zurück.

Zu Rumänien brannten 18 Petroleumgruben völlig aus.

## Essen und Zossen.

Am 1. des Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft eröffnete die Provinz drei Tage tiefe Einblicke. Zwei der schlimmsten Gebüder des Volkes, die Rüstungsindustrie und die Eisenindustrie, übernahmen auf der Anfangshand. Wir blieben in das Ruderwerk des großen Mechanismus, der auf der einen Seite die Reichen immer reicher macht, auf der andern Seite das Lebensmittel der Massen unter ständigem Druck hält. Die Rüstungsindustrie belastet jeden Einzelhaushalt mit wachsenden Kosten des Grundstücksverkaufs. Sie schädigt die Allgemeinheit durch Kaufstreiken der Preise für die zu öffentlichen Zwecken notwendigen Terrains, er schädigt alle Einzelnen durch Erhöhung der Grundstückswerte, die eine Erhöhung der Wohnungsmieten wie der Lebensmittelpreise zur Folge hat. Wenn in dem einen Fall die Jagd nach Aufträgen zu den bedenklichsten Korruptionsversuchen geführt hat, wenn in dem andern Fall durch einen noch nicht genügend aufgelösten Zusammenspiel von Amtsinhabern und kapitalistischen Professoren das Reich und eine Reihe kleiner Gemeinden um ungeheure Verträge geschädigt werden, so sind das trostlose Ausblühen von der Art, wie man sie in der Verteidiger der bestehenden Ordnung als „bedeutende Einzelfälle“ zu registrieren pflegt. Aber diese Einzelne verzerrt im System, und die Schäden, die dieses System der Volkswirtschaft zufügt, sind unendlich wichtiger als die gelegentlichen Immoralitäten einiger Industriediktatoren oder Lernauflösungen.

Der Gewinn, den das Haus Krupp aus seinem Spionage- und Verteidigungssystem zog, ist ziffernmäßig nicht festgestellt und wortähnlich überhaupt nicht feststellbar. Die auf ihre Existenz bedachten Direktoren bezeichnen ihn als überraschend, aber so groß oder so klein dieser Vorteil auch sein mag, auf alle Fälle bildet er nur einen geringen Bruchteil der gewaltigen Summen, die alljährlich aus den Händen der Steuerzahler in die Taschen der privaten Rüstungsindustrie fließen. Und wenn auch im Fall des Gosener Schießplatzes Millionen im moralisch außerst unerhörtlichen Weise verdient worden sind, so sind sie wiederum nur ein verschwindendes Säumchen im Verhältnis zu dem durchbaren Tribut, den die Masse des Volkes alljährlich den Eigentümern des Grund und Boden und deren Gläubigern zu entrichten hat.

Der Fall Krupp zeigt in auffälliger Weise, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn das Reich keinen Waffenkonsum an Herstellungsmitteln bei privaten Firmen deckt, wenn Kanonen, Gewehre usw. als Ware hergestellt und gehandelt werden. Der Fall Krupp kreist nach der Verstaatlichung der Rüstungs-

Industrie.

Auf der andern Seite liefert uns der Fall Boffen ein großes Beispiel für die Folgen eines Systems, unter dem auch das unvermeidbare Gut des Volkes, der Grund und Boden, in einer Ware erledigt wird, die man kauft und verlässt wie Vorrath oder Statuen, die mit der Konjunktur steigt und fällt — in Wirklichkeit aber immer nur steigt — und mit steigenden Preisen die Kosten aller Lebensbedürfnisse begünstigt. Der Fall Boffen ist ein Beweis mehr für die Notwendigkeit, den Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen.

Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, die Nationalisierung von Grund und Boden sind beides Forderungen, die in der Richtung zum Sozialismus liegen. Sind sie deshalb vielleicht „utopisch“? Für die Rüstungsindustrie erlebt sich die Frage wohl von selbst, denn heute ist kaum noch ein Mensch im Zweifel darüber, dass das Reich sehr wohl imstande ist, seine Waffen in reichsweiten Betrieben herzustellen. Einzig, doch unsere großen Rüstungsfirmen ganz der persönlichen Leitung durch den Unternehmer, die nach den Lehren des französischen Kapitalismus für den Erfolg eines Unternehmens unentbehrlich sein sollte. Im organisierten Bereich bedeutet die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und anderer kapitalistisch konzentrierter Industrien heute schon fast nichts anderes mehr als die Erfüllung einer Bürokratie durch eine andere Bürokratie. Über an Stelle einiger weniger Eigentümer übernimmt dann die Öffentlichkeit, das Parlament, die vorherrschende Demokratie die Rüstung über die Betriebsverwaltung, und die Industrie hört auf, privaten Unternehmen von Produktionsmitteln tributpflichtig zu sein.

Komplizierter als das Industrieproblem ist das Landesproblem. Aber so lebt man auch über seine Einzelheiten hinweg bekannt. Die Herren Scharfmacher können sich eben

streiten kann, so deutlich treten auch hier die großen Wahrnehmungen des sozialistischen Prinzips in Erscheinung. Die Notwendigkeit des Erwerbs großer Territorien durch öffentliche Störperschaften z. B. durch Gemeinden, wird kaum mehr ernstlich bestritten.

Und ebenso werden die durch die freie Veräußerbarkeit von Grund und Boden hervorgerufenen Preissteigerungen Schädigungen anerkannt. Nur wie die bisher schwerenlosen Freiheit des Grundbesitzes, die auch die Freiheit der Veräußerung in sich schließt, einzuschränken sei, das ist Frage. Am Osten des preußischen Staats hat man diese Frage formalisch auf dem Wege der Abwesenheitsregierung durch den Staats zu lösen versucht, ein Vertrag, der die volle Billigung der Sozialdemokratie findet, wenn er nicht in Form eines politisch unmöglichen und darum unzuverlässigen nationalen Ausnahmegesetzes vorgenommen worden wäre.

Im Augenblick handelt es sich freilich nicht darum, das System einer deutschen Landesreform im einzelnen auszuarbeiten. So weit sind wir ja leider noch nicht. Für heute genügt die Erkenntnis, dass sich die Sozialdemokratie mit ihren Lösungsvorschlägen auf dem grundsätzlich richtigen Wege befindet. Es wäre schon viel, wenn jene Massen des Volkes, die der Sozialdemokratie noch fernstehen, an den Beispielen von Essen und Boffen erkennen würden, dass die sozialistische Kritik an dem System des kapitalistischen Privateigentums und der kapitalistischen Warenproduktion berechtigt ist.

Daher ein paar Kruppdirektoren traurige Wege gegangen sind, und dass sich beim Gosener Schießplatzhandel einige bearmte und nichtbeamte Freiberufler zum Schaden der Allgemeinheit in der unverhältnismässigen Weise bereichert haben, das sind — für sich allein betrachtet — Sensationen, die der Tag bringt und nimmt. Erst durch die Erkenntnis ihres Zusammenhangs mit dem Ganzen unseres volkswirtschaftlichen Systems gewinnen diese Fälle grundsätzliche Bedeutung, werden sie zum Ausgangspunkt fruchtbaren Streits und zum Anlass erster Besetzungsverschläge. Man kann aber diese neuen üblen Erinnerungen des Tages nicht fruchtbar frizzieren, ohne sie sozialistisch zu kritisieren, und man kann seine ersten Vorsätze zur Besserung machen, ohne einen herzhaften Schritt in der Richtung zum Sozialismus zu wagen.

Die Korruptionslandschaften sind nicht der Ausdruck der moralischen Minderwertigkeit einzelner Personen, sie sind die unvermeidliche Begleitererscheinung der kapitalistischen Entwicklung in allen Ländern der Welt. Es hilft gar nichts, ihre eitigen Schwären zu verstehen, es hilft sehr wenig, sie mit dem oft alzu stumpfen Werkzeug der Justiz auszutragen, denn sie sind nicht die Krankheit selbst, sondern nur die immer wieder hervorberegenden Zeichen einer Krankheit, der nicht mit Moralstreit beizukommen ist, sondern nur mit sozialistischer Gesellschaftskritik. Diese Krankheiten sind alarmierende Symptome. Sie rütteln auf und lehren denken.

## Nationalliberale Scharfmacherie.

Bekanntlich wurde auf der Zusammenkunft national-liberaler Parlamentarier, die vor einigen Wochen in Wiesbaden stattfand, eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Frage des sogenannten Arbeitswilligen-Schutzes beschäftigen soll. Über die Beratungen der Kommission ist noch nichts bekannt geworden. Inzwischen sind aber überall die Scharfmacher in der nationalliberalen Partei an der Arbeit, um die Partei für Arbeitsbeschaffungsgegesetze gegen die organisierten Arbeiter in Bewegung zu bringen. So wurde auf der Tagung des Provinzialausschusses der nationalliberalen Partei für Schleswig-Holstein, Oldenburg und Lübeck eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

Hierzu (d. h. zum Schutz des Arbeitswilligen) reichen die zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht aus; sie sind daher so zu ändern, dass die eminent liberale Forderung (11) des Schutzes des Arbeitswilligen in der Praxis gewährleistet wird.

Die Herren Nationalliberalen von Schleswig-Holstein bringen es also fertig, das Verlangen nach einer Deichselung des Koalitionsrechts als eine eminent liberale Forderung zu bezeichnen. Die Herren Nationalliberalen haben eben häufig sehr merkwürdige Begriffe von Liberalismus. Ein Punkt hat sich in einer Versammlung des Hansabundes dessen Geschäftsführer, der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Freiherr v. Richthofen, auch für ein Arbeitswilligen-Schutzesgesetz ausgesprochen. Allerdings, der Herr will um Gottes Willen kein „Ausnahmegesetz“, aber er stellt einen ganzen Wunschzettel auf. Er wünscht:

Verhinderung des gerichtlichen Verfahrens bei Niederbrennen gegenüber Arbeitswilligen; Verkürzung der Strafbestimmungen bei Verbrechen; eine Strafbestimmung gegen den Terrorismus und die Gewaltverherrlichung.

In der Theorie würden natürlich die härteren Strafen für sogenannte Niederbrennen auch gegen die Offiziere und Studenten gelten, die Roben begehen, die Bestimmungen über Terrorismus und Gewaltverherrlichung auch gegen die Unternehmer oder z. B. gegen die Kerze, die jetzt diejenigen ihrer Kollegen in Terrors erklären, die im Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht mitmachen. Wie aber in der Praxis unsere preußisch-deutsche Justiz derartige Gesetze handhabt, ist ja genauso klar wie das Auge.

in Deutschland ruhig den Kurzus leisten, auf Ausnahmegesetze zu verzichten. Unsere Justiz sorgt dafür, dass jenen Verhörenungen des gemeinsamen Rechts genau die gleichen Wirkungen haben wie Ausnahmegesetze.

Wenn in der nationalliberalen Partei gegen die organisierten Arbeiter kräftig gehetzt wird, können natürlich die Leute aus Westfalen nicht fehlen, dem Lande, wo die großen Herren von der Röhre und vom Eisen die nationalliberalen Partei besonders gut am Bügel haben. Am 31. Oktober fand eine Sitzung des nationalliberalen Zentralkomitees der Provinz Westfalen statt. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Hirsch wurde folgende Resolution angenommen:

Das nationallibrale Zentralkomitee der Provinz Westfalen hat eine gesetzliche Regelung des stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen für ein dringendes Erfordernis. Die Erfahrungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, insbesondere beim großen Bergarbeiteraufstand, haben gezeigt, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen alle nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter einem unerträglichen Druck einer radikalen Linken schwach preiszugeben sind. Das freie Werk der Arbeitsetzung ist eine notwendige Voraussetzung der Koalitionsfreiheit. Ein gemeinsamer Schutz der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer erhofft daher die nationalliberalen Partei Westfalen von der in Wiesbaden eingeführten Kommission unserer Reichstagsfraktion die baldige Förderung der Völung einer immer brennender werdenden Frage.

Es ist zwar ein starles Stück, dass die Herrenhaften so tun, als ob beim letzten Bergarbeiterstreik die Streikenden mit den armen Arbeitswilligen ungefähr hätten machen können was sie wollen. Die Herren des nationalliberalen Zentralkomitees von Westfalen haben wohl nur etwas davon gehört, dass gerade nach dem letzten Bergarbeiterstreik wegen lächerlicher Lappalien zahlreiche Arbeiter ins Gefängnis gesetzt wurden?

Die Leute, die sich in der nationalliberalen Partei für ein sogenanntes Arbeitswilligen-Schutzesgesetz ins Zeug legen, gehören zu den einflussreichsten Kreisen der Partei. Man muss daher damit rechnen, dass die nationalliberalen Abgeordneten, die bisher für ein besonderes Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen nicht zu haben waren, umjälen, und mit liegenden Jahren in das Lager derer übergehen, die unter dem Vorzeichen, die Arbeitswilligen mühter besser geschützt werden, der Arbeiterschaft die Ausübung ihres Koalitionsrechts unmöglich machen, oder doch sehr erschweren wollen.

Die Arbeiterschaft hat daher alle Veranlassung, auf der Hut zu sein.

## Russische Rüstungsmaßnahmen.

„Mobilisation zu Friedenszeiten.“

Die von der russischen Regierung angekündigte Verlängerung der aktiven Dienstzeit für die Mannschaften der Armee und Flotte beschäftigt anhaltend die öffentliche Meinung in Rußland. Bei näherer Betrachtung erweist es sich, dass die angekündigte Verlängerung der Dienstzeit sich nicht, wie offiziell erklärt wird, auf drei Monate, sondern auf sechs bis sieben Monate erstreckt. Bissher war es in der Regel üblich, die Mannschaften im September oder Oktober, d. h. nach Ablauf von 2 Jahren 8 Monaten, zu entlassen. Jetzt soll aber der 1. April als Entlassungstermin festgelegt werden, was eine Verlängerung der Dienstzeit um ein halbes Jahr bedeutet.

Aus den Stimmen der Presse seien nachstehend die Ausführungen der Petersburger Börsezeitung angeführt, die den Regierungskreisen nahestehen und über die eigentlichen Absichten des Kriegsministeriums gut unterrichtet zu sein scheint. „Der Hauptzweck der neuen Vorlage — bemerkt das Blatt — besteht darin, die aus unserer zu langsam verlaufenden Mobilisation entstehenden Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Der russisch-japanische Krieg und beide Kriege auf dem Balkan-Halbinsel haben die ungeheure Bedeutung einer schnellen Mobilisierung erwiesen...“ Räumlich hat sich das aus dem ersten Balkan-Krieg ergeben. Sämtliche Staaten ergriffen Maßregeln zur Erleichterung der Mobilisierung. Die neuen Heeresgesetze in Frankreich, Deutschland und Österreich befreien nicht die Verhinderung der Kriegsprävention, sondern hauptsächlich die Verstärkung der Armee zu Friedenszeiten. In militärischen Kreisen wurde denn auch das neue deutsche Heeresgesetz eine „Mobilisation zu Friedenszeiten“ genannt... „Jetzt greift unter Militärressort zu einer neuen Maßregel, die noch nirgends angewendet worden ist, Deutschland und Österreich haben die Zahl der Geländeabschüttungen erhöht. Frankreich hat das dritte Dienstjahr eingeführt, wir aber lassen einfach die Mannschaften, die ihre Dienstzeit beendet haben, bei den Fahnen und berufen an derselben Zeit die Rekruten ein. Infolge dieser Maßregel werden wir im Verlauf des halben Jahres gegen 2 Millionen bayonettschlagbereit halten können.“

Das zitierte Blatt erklärt weiter, diese Maßnahme sei eine Antwort auf die deutsche und österreichische Heeresverstärkung. Sie sei nicht nur von großer politischer Bedeutung für Rußland, sondern werde zweitens auch bei den anderen Staaten Rad. Das zitierte Blatt erklärt weiter, diese Maßnahme sei eine Antwort auf die deutsche und österreichische Heeresverstärkung. Sie sei nicht nur von großer politischer Bedeutung für Rußland, sondern werde zweitens auch bei den anderen Staaten Rad.

ihmung finden. Alle Staaten werden Maßnahmen treffen, um die Soldaten nach Beendigung der Dienstzeit bei den Jahren zu behalten und zu gleicher Zeit die Gefestigungsanstalten einzuherrn. Greift Deutschland zu dieser Maßregel, so erhöht es seine Friedenspräsenzstärke um 400 000 Mann (Dies trifft nicht ganz zu. D. Red.). Österreich erzielt auf denselben Wege eine Erhöhung um 200 000 und Italien um 230 000 Mann." Das Blatt weist triumphierend darauf hin, daß die europäischen Staaten nur mit den größten Anstrengungen eine Heeresverstärkung erzielen können, während England mit einem Federstrich viel wirksame Mittler greifen könne.

Das sind die Konsequenzen unseres heutigen Militarismus. Während die westeuropäischen Rüstungsmänter ihre Forderungen immer mehr emporkraußen und dem Volke neue unerschwingliche Lasten aufzubürden, triumphiert die russische Barbarei, die zurzeit noch in der politischen Rücksicht eines großen Teiles des Volkes einen Rückhalt findet.

## Deutsches Reich.

### Vom Kampfplatz der Arzte.

Eiserner Terror und gesellschaftliche Achtung wird den vom 1. Januar 1914 in Breslau amtierenden Ärzten angekündigt, die, ohne die Forderungen des Leipziger Verbandes erfüllt zu haben, mit den Krankenkassen Frieden schlossen. In der Schlesischen Zeitung, die sich zum Sprachrohr der Ärzte gemacht hat, heißt es in einem Aufruf gegen die neuen Ärzte:

"Es kommt aber weiter hinzug, daß sie selbstverständlich von den einheimischen Ärzten außerhalb aller kollektiven Verbesserungen gestellt werden; daß dieser Abbruch der Standesbeziehungen nicht allein von den praktischen Ärzten, sondern auch von den Leitern und Ärzten der Königlichen Kliniken, der städtischen und anderen Anstalten, der Volksärzten usw. ausgetrieben und doch auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Sitzungen, klinischen Versammlungen u. a. ihnen verwehrt werden wird. Daraus folgt, daß auch gemeinsame Beratungen ihrer Kranken unter Ausschluß unserer örtlichen Autoritäten ihnen nicht bewilligt werden dürfen und sie demands in der Ausbildung ihres ärztlichen Berufes zum Nachteil ihrer Patienten in mancherlicher Weise beschränkt sind."

Die weit ferner die von ihnen abgewiesenen Kranken in einer Anzahl von Krankenhäusern entweder überhaupt nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen Aufnahme finden werden, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen."

Es wird also der rücksichtloseste Terror angekündigt, nicht nur gegen die Ärzte, sondern auch gegen die von ihnen behandelten gänzlich unbekleideten Kranken. Angekündigt in dem freikonservativen Schattmacherblatt, das das ganze Jahr hindurch wie beseelt nach Schutz der Arbeitswilligen und Bestrafung des Terrors schreit. Doch sich Krankenhäuser und Königliche Kliniken in den Dienst dieses Terrors stellen, wird hier für ganz selbstverständlich und berechtigt gehalten, sozusagen als Pflicht der staatlichen und städtischen Behörden betrachtet!

Im Rheinland scheint es bald zu glücklichen Vereinbarungen zwischen den Ärzten und Krankenfassen zu kommen. Aus Köln wird gemeldet: Unter Vermittlung des Sicherungsamts ist hier eine Einigung zwischen den Kölner Krankenfassen und Ärzten angebahnt worden. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß in nächster Zeit die Verhandlungen zu einem praktischen Ergebnis führen werden.

erner wird berichtet: Eine ganze Anzahl von Städten Westdeutschlands hat die Absicht, Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenfassen herzuführen, um den Ausbruch des Kampfes zu vermeiden. In Koblenz haben die Überbürgermeister von neun Städten Westdeutschlands eine Konferenz abgehalten, in der zu dieser Frage Stellung genommen wurde. Man einigte sich auch über gewisse Grundsätze, nach denen die Städte gemeinsam vorgehen wollen.

### Die Festlegung der Matrikularkräfte.

Für eine gesetzliche Regelung der Matrikularkräfte tritt eine parlamentarische Korrespondenz ein, und zwar um die bundesstaatlichen Staats vom Reichsrat unabhängig zu machen. In der erwähnten Korrespondenz wird zugunsten des Vorschlags folgendes gesagt:

"Seit der letzten Finanzreform vom Jahre 1909 ist die Abhängigkeit der eingeholten Staats vom Reichsrat auf Grund eines Vereinbaus zwischen den Finanzbehörden, den Bundesstaaten und dem Reichstag dadurch bestrebt, daß alljährlich eine feste Quote an Matrikularkräften von den Bundesreisen erobert wird. Aber diese Vereinbarung beruht auf keiner gesetzlichen Grundlage, und der Reichstag ist daher an sie auch nicht gebunden. Würde der Reichstag bei der Festlegung des Staats einmal auf die Vereinbarung über die Höhe der Matrikularkräfte aus einer früheren Legislaturperiode keine Rücksicht nehmen, so wäre die Abhängigkeit der bundesstaatlichen Staats vom Reichsrat wieder hergestellt. Gleich liegt eine Wohnung, die feste Vergabeung der Matrikularkräfte jedoch auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Einkommenshöhe hieran unbedingt das größte Interesse, und der Reichstag dürfte sich auch nicht weigern, eine solche Ordnung herzustellen, die in den finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Bundesstaaten eine endgültige Regelung schafft."

Der Reichstag müßte sehr töricht sein, wenn er sich auf die Festlegung der Matrikularkräfte einläßt. Alle übrigen Einnahmen des Reiches, die Steuern, Zölle und Gebühren, sind ein für allemal gesetzlich festgelegt. Sowie der Reichstag einmal einem Gesetz zugeschaut hat, daß die Erhebung derartiger Einnahmen vorliegt, so hat er keinen Einfluss auf die Höhe der Soße mehr, er kann bei der Staatsberatung nicht etwa beschließen, daß von einer Steuer oder einem Zoll ein höherer oder niedrigerer Satz erhoben wird, als durch Gesetz vorgesehen ist. Die Matrikularkräfte stellen das bewegliche Element in den Einnahmen des Reiches dar. Sie können nur soviel erhoben werden, als der Reichstag sie bei der Staatsberatung ausdrücklich bewilligt hat. Für den Reichstag ist daher das Recht, die Höhe der Matrikularkräfte jährlich zu bestimmen, ein wichtiges Werkzeug. Da die Rechtsbefugnisse des Deutschen Reichstags sowieso nicht allzu reichlich bemessen sind, wäre es geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn der Reichstag sich ohne weiteres das Recht auf die jährliche Festlegung der Matrikularkräfte nehmen ließe. Mögen die deutschen Regierungen die unbedeckten Matrikularkräfte mit der Begründung zufriedengegeben, daß für die Mittag-

los werden, so sollen sie doch eine direkte Steuer einführen, die alljährlich der Rechtmäßigkeit des Reichstags unterliegt. Erhält der Reichstag ein wirkliches Steuerbewilligungsrecht, wie das andere Parlemente haben, dann wird er überhaupt auf die Matrikularkräfte verzichten können.

### Die Ursache des Geburtenrückgangs.

Unsere Patrioten schreien jetzt sehr eifrig Ach und Weh darüber, daß in Deutschland die Zahl der Geburten stark zurückgeht. Die preußische Regierung forscht belästiglich nach den ihr unbekannt gebliebenen Ursachen des Geburtenrückgangs. Wie sich aus den verschiedenartig mitgeteilten Anweisungen ergibt, die an die Regierungspräsidenten ergangen sind und von diesen an die niedergeraden Instanzen weitergegeben wurden, sucht die Regierung jene für sie geheimnisvollen Ursachen in gewissen Zeitungskolumnen, Werbungsmitteln und dergleichen, und es steht zu erwarten, daß mit diesem Aufstand eine große Haupt- und Staatsaktion gegen diesen "Feind" der Geburtenvermehrung einsetzen wird, — als einziges Mittel zur Bekämpfung des Niederschlages.

Jedermann vermag zwar ohne weiteres einzusehen, daß derartige Maßnahmen nicht den geringsten Erfolg versprechen. Aber unsere Bureaucratie muß doch wenigstens tun, als ob sie den Kampf gegen den Geburtenrückgang aufnimmt wolle. Gegen die wahre Ursache des Geburtenrückgangs, die allgemeine Leistung, dürfen und können die deutschen Regierungen ja nichts machen, das erlauben die Agrarier nicht. Jetzt ist auch von einem Manne, der nicht im Verdacht steht, liberal oder gar sozialdemokrat zu sein, die Anschauung vertreten worden, daß die Leistung an dem Geburtenrückgang schuld sei. In einem vom Standpunkt des aufzugebenden konserватiven Beamten geschriebenen Buche über die Ostmarkenfrage sagt der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Dr. von Horn, der Sohn eines früheren Oberpräsidenten:

"Hauptfächlich ist aber an der Verminderung der Geburten die unausgesetzte zunehmende Lebensverkürzung schuld, die es allen Kreisen der Bevölkerung mit Ausnahme der reichsten und der ärmeren erschwert oder unmöglich macht, eine größere Zahl von Kindern ihrem — der Eltern — Stande entsprechend zu erziehen. Da nichts geschieht, um die allgemeine Lebensverkürzung, die übrigens nicht durch die Landwirtschaft verhinderlich ist, planmäßig in ihrer ganzen Ausdehnung zu bekämpfen, so ist nicht zu hoffen, daß sich die Geburtenziffer der deutschen Bevölkerung wieder in nennenswertem Maße hebend wird."

Die Ausführungen des Herrn v. Horn werden natürlich bei den weisen Leuten, die unser deutsches Vaterland regieren, keinerlei Beachtung finden. Das einzige, was getan werden kann, um die Lebensverkürzung zu mildern, ist die Befreiung unserer Lebensmittelzölle. Davor wollen die Herrschaften nichts wissen, und so wird sich wohl der Kampf gegen die Einschränkung der Geburtenzahl auf ein Nachsäubern nach gefährlichen Interessen und ähnlichen Hindernissen beschränken. Es wird zwar deshalb auch nicht ein Kind mehr geboren werden, aber die fetten Profite unserer Junker werden nicht verringerkt. Und das ist in Deutschland doch schließlich die Hauptfäche.

### Bremen hemmt die mecklenburgische Verfassung!

Wie die Tägliche Rundschau von "unterrichteter Seite" erfuhr, hat die Frage der mecklenburgischen Verfassung bereits den Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen der Reichsleitung und der mecklenburgischen Regierung gebildet. Das Ergebnis dieses Meinungsaustausches war das, daß die Reichsleitung keine Gewegeheit zeigte, die mecklenburgische Verfassungsfrage durch die Reichsleitung lösen zu lassen. Der Gedankengang der maßgebenden Stellen ist dabei folgender: Wenn eine Verfassung aufgestellt würde, so stünde, nach der Reichsverfassung, den Ständen das Recht zu, über die Rechtmäßigkeit des neuen Verfassungsgesetzes die Entscheidung des Bundesrates anzuordnen. Der Bundesrat wäre gezwungen, falls eine gültige Einigung nicht gelänge, ein Gutachten etwa des Reichsjustizamtes einzufordern und demgemäß seine Entscheidung zu treffen. Würde das Gutachten eine Befreiungserklärung, so bleibe dem Bundesrat ein anderer Weg, als der der Reichsgesetzgebung, d. h. Bundesrat und Reichstag müßten sich über einen Verfassungsentwurf für Mecklenburg einigen. Bei der heutigen Zusammenfassung des Reichstags wäre nun die Möglichkeit gegeben, daß ein Verfassungswettbewerb stattfindet, daß die mecklenburgischen Regierungen ablehnen möchten, da es nicht an gesetzlichen Entwicklungen anstreikt, sondern auf demokratischer Grundlage aufgebaut wäre. Auf diese Weise würden die Schwierigkeiten ins Ungemessene vermehrt werden. Man ist daher dem Gedanken, das Reich mit hinzuzuziehen, vollständig abgelenkt.

Der Reichskanzler wollte offenbar kein Pröbubis geschaffen wissen, damit nicht auch einmal Preußen auf dem Umweg über den Reichstag zu einem anständigen Wahlrecht kommt. Preußen will nicht — deshalb muß die mecklenburgische Regierung sich dem Diktum eines ausgefeilten Juristen fügen.

**Mittelstandstagung.** In Berlin begann am Montag wieder einmal eine Mittelstandstagung, die diesmal von einer Benzinvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe veranstaltet ist. Alle möglichen Regierungsspitzen hatten sich vertreten lassen, und alle bürgerlichen Parteien des preußischen Landtages und des Reichstages. Man sah da neben dem Spittel-Amt den Hochschulrat Pacholski, und neben dem antisemitischen Minister Sommer den — "Germannen" Dr. Arentz. Geheimrat Schwarz vom preußischen Finanzministerium feierte den Mittelstand als die wichtigste Stütze und das feste Bollwerk der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dann wurden verschiedene Reden, natürlich in erster Linie gegen die Konkurrenz, gegen die Beamtenorganisationen, gegen Ausländer, Sonnabend, den unlauteren Wettbewerb gehalten. Besonders Schwarz hat es den Deutzen versucht, daß auf dem letzten evangelisch-schlesischen Kongreß auch schon eine gewisse Einsicht über die Notwendigkeit der Konkurrenzorganisation zum Ausdruck gekommen ist.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

#### Sozialdemokratische Parteiung.

**Wien, 3. November.** Auf dem Parteitag wurden heute Maßnahmen, die von der Parteiung die Anwendung der schärfsten Mittel, namentlich der Obstruktion, forderten (siehe den entsprechenden Bericht in der Vorlage dieses Blattes, D. Red.) mit der Begründung zugesagtgegeben, daß für die Mittag-

steile die Debatte die Hauptfäche war. Angenommen wurde die Resolution der deutsch-österreichischen Delegation, die die Öffentlichkeit als normale parlamentarische Taktik ablehnt und sie nur unter besonderen Umständen als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr für anwendbar erklärt, worüber die Abgeordneten die Entscheidung hatten. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der Fraktion das unerschöpfliche Vertrauen auszusprechen.

Es folgte ein vierständiges Referat des Abgeordneten Genossen Karl Deutshner über auswärtige Politik und Militärforderungen. Seine Resolution, die die gesamte Arbeiterschaft auffordert, den Kampf gegen den Militarismus und Materialismus mit der äußersten Entschlossenheit zu führen und die Unterstützung der Rüstungspolitik als Wert der Feinde der Volkstracht und der Geschütze der Volks-

Hierzu referierte Otto Bauer über den Stillstand der Sozialgesetzgebung und die Verschiebung der Sozialversicherung, gegen die der Parteitag nach kurzer erläuternder Debatte einstimmig einen scharfen Protest beschloß.

### Reise Verhaftungen bei den Schiffsbauunternehmen.

**Wien, 3. November.** Die Aktion der österreichischen Regierung gegen die unerlaubte Aussonderung Stellungsprüfungsbüro gegen die Verhaftung der Wiener Vertreter der Canada Pacific Railroad begonnen hat und die Schließung deren Büros zur Folge hatte, nachdem sie auch auf die anderen Schiffsbaugesellschaften ausgedehnt. Heute wurden in Lemberg, Krakau und Tschernowy die Gewerbeverbände der Triester Schiffsbaugesellschaften und der österreichischen Abgeordnetenhaus wegen der Verleitung zur Auswanderung nach ungefundene beschäftigten Agenten und Hilfsleiter unter ihnen das Mitglied der Lemberger Handelskammer Kaiserlicher Rat Ritsch verhaftet. Gleichzeitig wurden auch andere Reichsbüros, die mit Schiffsbaugesellschaften nahm sowie die Inhaber verhaftet. Auch in der Canadion-Hälfte wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater des Kaufmanns Hiltz, Abgeordneter Dr. Gargos, ist bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Agenten der Hiltz in Lemberg wurden Requisiten vorgenommen. 16 Agenten der Canadabahn wurden verhaftet. Von Wien aus begab sich am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Durchsuchung im Reichsbüro der Hiltz vor. Es wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt, alle Schrifträume und Bücher wurden beschlagnahmt und die Geschäftsräume behördlich verriegelt. Der Vater des Kaufmanns Hiltz und Niemeyer wurden verhaftet. — Der amerikanische Botschafter hat vor zwei Tagen den Wührer des neuzeitlichen Staates Reichsvertrag einen Besuch abgestattet, um in der Angelegenheit des verhafteten Direktors Hiltz, der amerikanischer Staatsangehöriger ist, zu intervenieren. Es verlautet, daß Hiltz nach Verhöhung der Voruntersuchung auf freien Fuß gesetzt werden soll.

### England.

#### Das Mittelriffen in den Süßen!

**London, 3. November.** Das englische Kriegsministerium hat sich für den Anlauf von zwei französischen Zugsbooten und eines englischen Zugschiffes entschieden. Es handelt sich um eine neue Konstruktion von Bildern, der einen neuen Motorballon erhalten will, und um zwei Schiffe der französischen "Alta-Brete". Diese Ballone sind bedeutend kleiner in ihren Abmessungen gehalten als das deutsche Zugschiff, erreichen aber, da sie nur 5 bis 6 Personen zu befördern brauchen, eine Geschwindigkeit bis zu 80 Kilometer in der Stunde.

### Frankreich.

#### Wiedereröffnung der Kammer.

**gr. Paris, 2. November.** Nach einer dreimonatigen Pause tritt am Dienstag die Kammer wieder zusammen. In allen politischen Kreisen wird die Frage erörtert: "Kann das Kabinett Barthou gestützt werden?" Während den Herren haben sich einige Sachen ereignet, die der Gesamtstatus ein etwas verdecktes Gesicht geben. Der Marineminister Aubin ist unvorbereitet genug, eines Besuchs zu erwarten, der es gewissen in orientalischen Höfen liegenden Schiffen zur Pflicht macht, die Schiffe und Männer einzufangen und die Schiffe behördlich verriegelt. Der Vater des Kaufmanns Hiltz und Niemeyer wurden verhaftet. — Der amerikanische Botschafter hat vor zwei Tagen den Wührer des neuzeitlichen Staates Reichsvertrag einen Besuch abgestattet, um in der Angelegenheit des verhafteten Direktors Hiltz, der amerikanischer Staatsangehöriger ist, zu intervenieren. Es verlautet, daß Hiltz nach Verhöhung der Voruntersuchung auf freien Fuß gesetzt werden soll.

Der Untersuchungsrichter, der zu gleicher Zeit in der Person Barthous Ministerpräsident ist, ließ zwar den Inspektor bestimmen, aber der allgemeine Einbruch blieb doch, da der Inspektor nicht so gehandelt hätte, wenn er nicht sicher gewesen wäre, dem Gesetz der Republik gemäß. Der Inspektor ist, da Barthou immer noch beamtbar wurde, der Untersuchungsrichter, der zu gleicher Zeit in der Person Barthous Ministerpräsident ist, ließ zwar den Inspektor bestimmen, aber der allgemeine Einbruch blieb doch, da der Inspektor nicht so gehandelt hätte, wenn er nicht sicher gewesen wäre, dem Gesetz der Republik gemäß. Und ebensoviel konnte die französische Justizkommission des Kabinett Barthou nichts auslösen.

Barthou selbst bemühte sich in verschiedenen Reden, die er im Kabinett hielt, Erklärungen abzugeben, die geeignet waren, die Republik zu beruhigen. Er sprach in sehr entschiedener Weise von der Notwendigkeit, die militärische Schule gegen die unregelmäßigen Angriffe, die sie von linkschichtiger Seite aufgezeigt ist, zu beschützen. Die republikanischen Wähler verzeigten diese Verhältnisse auch mit einer gewissen Genugtuung, verfehlten jedoch nie, die Wiederherstellung zu einem gewissen Maße zu fordern. „Schöne Versprechungen haben wir nun seit langer Zeit genug gehört, was wir leben wollen, sind Toten.“ Das hat eine Atmosphäre geschaffen, in der die Frage: „Wird Barthou gehen müssen?“ aktuell wurde. In der Schulfrage hat es den Anschein, daß Barthou die Verschärfung der Linken angenehm genannt sei, die daraufhin auslaufen, die Gründung neuer katholischer Gruppen auch zu verschaffen. Erst vorigestern hat der Ministerpräsident eine Delegation der freien Gewerbevereinigungen empfangen, denen er die weltlichen und sozialen Zusicherungen gab. Über Barthou hat schon oft gezeigt, daß er ein geschickter parlamentarischer Abgeordneter ist und zum Schluss nicht mehr auf den Rücken, sondern auf dem Kopf steht. Eine andere Frage wird ihm Obergewicht geben, seine Künste zu offenbaren. Er hat zum Beispiel der Sommersession unter dem beständigen Dringen der Gewerkschaften die Wiederaufnahme der Wiederauflösung der Kommission ges

Gedung der militärischen Ausgaben Entwürfe vorlegen würde, die das Prinzip der progressiven Einkommen- und Kapitalsteuer enthalten. Was man nun bloß über die statuten Wirtschaftsverfassungen hört, deutet nicht darauf hin, daß es immer mit den verprophesenen Notlagen begnügt wird. Seit einiger Zeit haben die großkapitalistischen Blätter, wie der Tempa, eine Reihung begonnen, gegen einen Milliarden-Schluß und gegen die Einkommenssteuer; früher haben dieselben Blätter die aufgesteckte bestehende staatliche Finanzpolitik als „abenteuerlich“ bezeichnet. Heute, wo sie die Einkommenssteuer immer näher kommen sehen, nebstdem sie die Tatsat, und was früher „abenteuerlich“ war, jetzt plötzlich zum einzigen Ausweg, der übrig bleibt, wenn Katastrophen verhindert werden sollen. Es scheint, daß die Regierung es vermieden möchte, sechs Monate vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen und sich dadurch die Sympathien der Reichen und der Vermögenden zu verscherzen, die sich mit Händen und Füßen gegen jedes Einkommenssteuersystem wehren. Unter diesen Umständen bleibt natürlich nur die Anleihe übrig, um das Milliarden-Schloß im Budget ausfüllen zu können.

Die Sozialisten werden jedoch diesen Sprung des Ministeriums Bartha über seine im Sommer gegebenen Versprechungen nicht ohne bestmögliches Widerstand zu leisten zulassen. Rändern doch die Abstolzen den Willen, sich den Sozialisten angemessen, zu hörten darüber fürchten. Aber werden die Abstolzen nicht auch davor zurückschrecken, so kurz vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen? Für sie steht sehr viel auf dem Spiel. Sie haben bei der Wahl des Präsidenten der Republik im Anfang dieses Jahres gesiegt, wie teuer sie es bezahlt haben, daß keiner der neuen im Ministerpräsidenten saß, während den Wahlen, die der Staat vorbereitet. Sie wissen, was sie kostet kann, wenn sie es nicht fertig bringen, in den Monaten, die den allgemeinen Parlamentswahlkampf vorausgehen, ein stabiles Ministerium zu ergänzen. Es ist kommenden Tagung, die nur zwei Monate dauern wird, noch zu erkennen lassen, ob die Abstolzen einig genug sind, um sich noch vor Weihnachten die Schlüssel verschaffen zu können. Darauf ist die Hauptbedeutung der Herbstsession liegen.

#### Balkan.

##### Der Fürst von Albanien.

Genf, 3. November. Der Reichspost wird von informierter Seite berichtet, daß Prinz Wilhelm zu Wied die Kandidatur für den albanischen Fürstenthron angenommen hat.

Prinz, 3. November. Prinz Wilhelm zu Wied hat dem Antrag Italiens und Österreich-Ungarns, ihn für den Thron Albaniens einzustimmen, Deutschland verhält sich neutral. Die Frage England, Frankreich und Russlands scheint klarer.

Konst., 3. November. Die Frage der Zivilisation des neuen Staates von Albanien wird, wie auf der Konstituante mitgeteilt wird, durch eine von den Mächten garantierte und kontrollierte albanische Armee gelöst werden. Die Anleihe dient außerdem zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse des neuen Staates.

##### Unmenschliche Behandlung der Gefangenen.

Zofia, 3. November. (Meldung der Agence Bulgare.) Bulgarien, Griechenland und Serbien, die griechische Kriegsgefangene gewesen waren, haben an dem Ministerpräsidenten Gentchoski eine Petition gerichtet, in der sie gegen die unmenschliche Behandlung während ihrer Haftzeit in Griechenland protestieren.

##### Wahlreformbewegung in Rumänien.

Bukarest, 3. November. Der Kongress der liberalen Partei, der in Transsilvania abgehalten wurde, nahm eine Resolution an, in die Wahlreform und die Expropriation der großen Landbesitzer gegen die Bourbons als dringend notwendig bezeichnet wurde.

#### Italien.

##### Das Wahlergebnis.

Rom, 3. November. Auch die Stichwahlen haben der Sozialdemokratie einen weiteren großerartigen Erfolg gebracht. Insgesamt ist es gelungen, noch weitere 16 Mandate zu erringen, so daß die Sozialdemokratie zugänglich der bereits in der Parlamentswahl erzielten 98 Mandate insgesamt über 112 Parlamentsmandate verfügt. Außerdem sind gewählt: 3 wilde Sozialisten, 2 Sozialkatholiken und 23 Reformisten. In Rom ist Benito Campanozzi unterlegen, bei den römischen Stichwahlkreisen fallen den Liberalen und den Nationalisten zu. Der Rücktritt des bisherigen römischen Bürgermeisters, Rattan, sowie der ganzen antifascistischen Stadtverwaltung Romas ist daher unvermeidlich. Andererseits sind die konserватiven Kommunalvereinigungen der Städte Turin, Mailand, Florenz durch die sozialdemokratischen Wahlsiege erschüttert.

#### Außenland.

##### Postspiel und Bluturteil.

Freiburg, 2. November. Die Gerichtskammer in Wiesbaden hat in diesen Tagen ein Urteil in dem Prozeß der Vorsteherin des Altdörfischen Arbeiterverbands. Eine Anzahl Personen war angeklagt, nach dem Blutbad an der Rennbahn im April vorheriges Jahres Blutkörper und illegale Literatur unter den Arbeitern verbreitet zu haben. Vor Gericht erklärte sich, daß der Prozeß von dem Vorsteherin Wiesbaden, der als Postspiel der Geschworenenpolizei in der Organisation tätig war, infiziert worden sei. Dagegen kam das Gericht zu einer Schuldfrage und verurteilte den Angeklagten Wiesbaden zu zwei Jahren Haft. Das letzte Urteil ist noch nicht erst zu nehmen. Wird der Postspiel nicht in geheimer Freiheit gesetzt, so kommt er nur an den Regierungssenat in Petersburg zu appellieren, der noch in dem Prozeß gegen die Agenten Schornikowa, die zweiten Wiesbaden infiziert hat, den Grundzettel aufstellte, daß die Postspiel der Schornikowa straffrei aufgehen müssten.

#### Parteiangelegenheiten.

##### Wilhelm Schröder.

Aus Wilmersdorf bei Berlin kommt die traurige Geschichte vom Ableben des Genossen Wilhelm Schröder, des Abgeordneten der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Vor mehreren Monaten mußte er, von einem Krebsleiden betroffen, auf das Krankenbett legen; nun hat ihn der Tod im Alter von 50 Jahren dahingerafft.

Schröder war ein Hamburger Kind und aus ärmsten Verhältnissen hervorgegangen. Er wählte den Beruf des Kaufmanns, aber es zeigte sich in dem jungen Mann ein besonderes geistige Begabungen, die ihn in die Arbeiterbewegung und in deren Journalistikkäfigen führten. Er war in der Zeit des Sozialistengesetz schon in Hamburg tätig und bekam die Stellung eines Korrektores, in der er sich weiter ausbilden vermöchte. Wenn wir nicht irren, war es Ignaz Kuer, der auf den befähigten jungen Mann die Aufmerksamkeit lenkte, als Anfang der über Jahre die Redaktion des Vorwärts eine gute Stelle für ihren lokalen Teil gebrauchte. Schröder kam aus Berlin und er führte den lokalen Teil des Vorwärts bis

zum Jahre 1905. Er hat in dieser Stellung ausgezeichnet gesiegt, und zugleich hat er sich, obwohl er noch außer weniger hervortrat, durch die Offenheit und Originalität seines Wesens, besonders durch den ihn auszeichnenden feinen Humor in weiten Parteikreisen Sympathien erworben. Auch mehrere und sogar jetzt haben die großkapitalistischen Blätter, wie der Tempa, eine Reihung begonnen, gegen einen Milliarden-Schluß und gegen die Einkommenssteuer; früher haben dieselben Blätter die aufgesteckte bestehende staatliche Finanzpolitik als „abenteuerlich“ bezeichnet. Heute, wo sie die Einkommenssteuer immer näher kommen sehen, nebstdem sie die Tatsat, und was früher „abenteuerlich“ war, jetzt plötzlich zum einzigen Ausweg, der übrig bleibt, wenn Katastrophen verhindert werden sollen. Es scheint, daß die Regierung es vermieden möchte, sechs Monate vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen und sich dadurch die Sympathien der Reichen und der Vermögenden zu verscherzen, die sich mit Händen und Füßen gegen jedes Einkommenssteuersystem wehren. Unter diesen Umständen bleibt natürlich nur die Anleihe übrig, um das Milliarden-Schloß im Budget ausfüllen zu können.

Die Sozialisten werden jedoch diesen Sprung des Ministeriums Bartha über seine im Sommer gegebenen Versprechungen nicht ohne bestmögliches Widerstand zu leisten zulassen. Rändern doch die Abstolzen den Willen, sich den Sozialisten angemessen, zu hörten darüber darüber fürchten. Aber werden die Abstolzen nicht auch davor zurückschrecken, so kurz vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen? Für sie steht sehr viel auf dem Spiel. Sie haben bei der Wahl des Präsidenten der Republik im Anfang dieses Jahres gesiegt, wie teuer sie es bezahlt haben, daß keiner der neuen im Ministerpräsidenten saß, während den Wahlen, die der Staat vorbereitet. Sie wissen, was sie kostet kann, wenn sie es nicht fertig bringen, in den Monaten, die den allgemeinen Parlamentswahlkampf vorausgehen, ein stabiles Ministerium zu ergänzen. Es ist kommenden Tagung, die nur zwei Monate dauern wird, noch zu erkennen lassen, ob die Abstolzen einig genug sind, um sich noch vor Weihnachten die Schlüssel verschaffen zu können. Darauf ist die Hauptbedeutung der Herbstsession liegen.

#### Wahlkampfwicht.

Schmölln, 3. November. Bei der heute stattgehabten Eröffnungswahl zur 3. Abteilung des 2. Wahlbezirks des Altenburgischen Landtags wurde an Stelle des von Altenburg verjagten sozialdemokratischen Abgeordneten Dilteiter der sozialdemokratische Kandidat, Geschäftsführer des Konsumvereins Mengeln-Schmölln mit bedeutender Mehrheit gewählt.

#### Glänzender Stadtverordnetenwahlkampf.

Wörlitz, 3. November. Am Montag fanden hier die Wahlen der Stadtverordneten statt. Unsere Genossen, die einen heißen Kampf zu bestehen hatten, siegten über die vereinigten Gegner mit einer Mehrheit von 800 Stimmen. Die Zahl der bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten betrug 11. Am Montag wurden noch 9 Mandate hinzugewonnen, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament jetzt 20 beträgt. Dadurch ist die ganze dritte Klasse in den Besitz der Sozialdemokratie gelangt.

#### Aus aller Welt.

##### 3200 Kilometer im Zweidecker.

Wien, 3. November. Heute traten abermals zwei deutsche Fliegeroffiziere hier ein: Leutnant Walter Gargano vom 4. Jagdgeschwader und Leutnant Friedberg vom 4. Jägerbataillon. Sie waren vor zehn Tagen auf ihrem Doppeldecker der Luftwaffen-Aktien-Gesellschaft mit 100psfähigem Mercedesmotor in Straßburg aufgestiegen und über Grausenberg nach Wien geflogen, wo sie drei Tage ankommen. Heute um 7½ Uhr früh war der Aufstieg in Berlin erfolgt. Bis Graz war flottes Tempo, dann herzliche dicke Rebe; die Piloten flogen 1700 Meter hoch und orientierten sich nur nach dem Kompass. Es herrschte heftiger Gegenwind. Um 11 Uhr erhielten sie, tiefer gehend, die Donau und wurden von Baumwolken bedeckt, daß sie sich in Villach, in der Nähe vom Groß-Grazberg, befinden. Sie steigen sofort wieder auf und landeten um 11 Uhr 15 Minuten in Villach. Sie haben insgesamt 3200 Kilometer Luftroute zurückgelegt und hoffen, damit den Weltrekord Brinjones geschlossen zu haben.

##### Ein vorgerichtetes Urteil.

Frankfurt a. O., 3. November. Das Schwurgericht zu Frankfurt a. O. hat sich heute erneut mit der Bluttat des Vorsteherstandes Rautz & Knoblauch zu beschäftigen, mit der es sich bereits einmal vor etwa einem halben Jahr befaßt hat. Knoblauch hatte am 2. Januar d. J. im Verlauf eines Streites den Spezialsoldaten, gebürtig Friedeburg, auf Strelitz getötet und war von den Geschworenen, trotzdem die Sachverständigen ihn für ungerechtsam befunden, schuldig gesprochen worden. Daraus erging ein Urteil, das seitdem in der Sache stand. Nach dem Urteil standen die Geschworenen einstimmig zu dem Anklage gerichtet. Damit war der seltsame Fall, daß die drei erkannten Verurteilten einschlußlich des Angeklagten gestorben sind. Damit war die Möglichkeit gegeben, die Sache zu vertagen und an das nächste Schwurgericht zur erneuten Aburteilung zu überweisen. Dieses zweite Prozeß endete mit der Freispruch des Angeklagten. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, die den Angeklagten sämlich für geisteskrank erklärt, wurde den Geschworenen nur die eine Schuldfrage nach Totschlag vorgelegt. Die Untersprüche laufen auf mildere Umstände. Der Staatsanwalt läßt die Geschworenen, daß sie nicht, meine Herren Geschworenen, daß sie sich entschuldigen, wenn sie für unschuldig erklärt wird, weiteres Unrecht anrichten kann und wieder auf Menschen losgelassen wird. In diesem Saal befinden sich Polizeibeamte, die dafür sorgen werden, daß der Angeklagte, falls ein Freispruch erfolgt, den Saal nicht als freier Raum verlässt. Nach einer Beratung von nur 5 Minuten verhandelt der Obmann der Geschworenen seinen Wahrspruch, der auf Richtigkeit lautet. Der Angeklagte wurde freigesprochen, aber sofort in Sicherheitshaft genommen.

##### Ein verhängnisvoller Streit.

Spatzau, 3. November. Die 22 Jahre alte Tochter eines Gewerkschaftsmitglieds in Spatzau war mit einem in Sagan in Stellung befindlichen jungen Kaufmann verlobt. Wegen der Art der Verlobung kam es jedoch zwischen Vater und Tochter zu Meinungsverschiedenheiten, die sich darunter ausprägten, daß das Mädchen die Wohnung verließ und von der hohen Spatauer Oberförsterei in den Flug hinausprang, wo sie den Tod fand. Der Vater erinnerte sich aus Gram über den Verlust der Tochter, die ihm die Wirtschaft geführt hatte, in der Nacht im Holzstall.

##### Wäschennest in Hamburg.

Hamburg, 3. November. Ein schweres Verbrechen ist heute morgen hier entdeckt worden. In der Unterkunft am Wilhelmstor fand man die achtjährige Tochter des Kärrtorf des Vorsteherstandes Siegel, deren Eltern in der Peterstraße wohnen, mit aufgeschnittenem Leibe tot auf. Beurkundet des ermordeten Wäschennest befindet sich von einem etwa 30jährigen Mann aus der Peterstraße, wo er mit anderen Kindern spielt, unter dem Vorbericht, Schadstoff zu erhalten, fortgesetzt wurde. Auf die Ermordung des Kindes ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

##### Eine ganze Familie vergiftet.

Görlitz, 3. November. Der Kaufmann Beisel, Inhaber der Firma Rud. Beisel u. Co. in Görlitz, hat nachts seine Frau, zwei Kinder von zwölf und zehn Jahren und schließlich sich selbst mit Strichmix ums Leben gebracht. Das gerücksichtigen Briefe gestehen, daß die Familienmitglieder freiwillig und dem Leben gescheitert sind, da der geschilderte Zustand des Hauses vor dem Tode stand. Schon heute waren größere Zahlungen fällig, die nicht geleistet werden konnten.

##### Mordstod eines Subtilien.

Dresden, 3. November. Wie die Überblätter weißt, wurde heute morgen gegen 5 Uhr im Hof eines Hauses in der

Hansastrasse ein gräßlicher Mord entdeckt. Man fand dort die Leiche eines 28 Jahre alten Mannes. Im Verdacht geriet eine Prostituierte, bei der sich der junge Mann aufgehalten hatte. Er war wohl mit ihr in Streit geraten, der Juwelier war vertriebenen einen Stich in den Kopf verlegt. Dann hatte er ihn aus dem Hof hinausgeworfen. Dem Unglüdlichen brachen dabei Arme und Beine. Sein Name wurde noch nicht festgestellt; noch einer bei ihm vorgefundene Juweliere schenkt er aus Selbstentzücken zu summieren. Eine von der Polizei in der Wohnung der Prostituierten vorgenommene Haushaltung förderte den Tod des jungen Mannes zutage. Als der Tot bringend verdächtigt wurde ein Gelegenheitsarbeiter und Juwelier namens Wendel hinter Schloß und Riegel gebracht.

##### Auf der Straße ermordet.

Stettin, 3. November. Wie der Peiner Anzeiger meldet, fand gestern nacht ein deutscher Einwohner im benachbarten Rosenthal dicht am sogenannten Mittelholz einen etwa 20 Jahre alten polnischen oder gallischen Landarbeiter in einer Blutschale liegend auf. Der Unbekannte hatte eine knallende Wunde am Kopf. Beim Eintreffen der sofort demokratischen Polizei war der Unbekannte bereits tot. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Mordete in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Begleitung von zwei unbekannten Männern vom Gasthofe Bahnhof aus dem Heimweg entkrochen ist. Kein Bringschung förderte den Tod des jungen Mannes zutage. Als der Tot bringend verdächtigt wurde ein Gelegenheitsarbeiter und Juwelier namens Wendel hinter Schloß und Riegel gebracht.

##### Auf der Straße ermordet.

Bukarest, 3. November. Wie der Peiner Anzeiger meldet, fand gestern nacht ein deutscher Einwohner im benachbarten Rosenthal dicht am sogenannten Mittelholz einen etwa 20 Jahre alten polnischen oder gallischen Landarbeiter in einer Blutschale liegend auf. Der Unbekannte hatte eine knallende Wunde am Kopf. Beim Eintreffen der sofort demokratischen Polizei war der Unbekannte bereits tot. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Mordete in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Begleitung von zwei unbekannten Männern vom Gasthofe Bahnhof aus dem Heimweg entkrochen ist. Kein Bringschung förderte den Tod des jungen Mannes zutage. Als der Tot bringend verdächtigt wurde ein Gelegenheitsarbeiter und Juwelier namens Wendel hinter Schloß und Riegel gebracht.

##### Ein ehemaliges Petroleumfeld in Rumänien.

Bukarest, 3. November. Seit gestern mitternacht in Moreni, einer der petroleumreichen Gegenden Rumäniens, ein großer Brand. 17 in Tätigkeit befindliche Petroleumgruben stehen in Flammen. Welt und breit sieht man nichts als ein einziges Feuermeer. Die Bewohner der Umgebung lassen ihre Habe im Glück und flüchten nach anderen Ortschaften. An eine Totalversiegelung des Ortes ist vorläufig nicht zu denken. Der Schaden ist ungeheuer. Man befürchtet auch Menschenverluste.

Bukarest, 4. November. Der Brand der Petroleumquellen bei Moreni ist durch Rücksichten von Sandbäumen über den Rohrböschern gestoppt. 18 Rohrlöcher sind ausgedammt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

##### Letzte lokale Nachrichten.

Eine Hochstaplerin hat hier in den letzten Monaten durch Beträuberei verschädigte Firmen geschädigt. Sie macht in einer Anzahl von Geschäften unter dem höchsten Namen einer Gräfin Alice von Bernsdorf, geb. Freiin v. Kortz-Kortzenbrod, auch v. Schmidtg. Verstümmelungen auf Waren, wie Hüte, Koffer, Schmuck, Kleidung und Möbelstücke, Bierkrüge usw., mögen sie sich als sehr vermögende Dame, Obersiergärtin, Prinzessin bedeuternder Güter in Rückland aufzuzeigen, trotzdem aber nicht zu beklagen vermöchte. Auch die Heiratschwämmerin belädtigte sie sich und entlockte den Herren, zu denen sie in Beziehung trat, erhebliche Darlehen. Schließlich mußte sie sich auch von der Inhaberin der Venison, in der sie wohnte, durch betrügerische Mandat verrückte Geldsummen zu verschaffen. Wie die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergaben, handelt es sich um die am 18. März 1871 in Sternberg bei Frankfurt a. O. geborene Alwine Henriette Lehmann, deren gesuchtes Vermögen bereits vor mehreren Jahren wegen einer Schießerei die Öffentlichkeit beschäftigte. Die Lehmann befindet sich angeblich seit 1908 ständig auf Reisen, wobei sie die Städte Berlin, Köln, Bonn, München, Düsseldorf, Paris u. a. berührt hat. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalabteilung abstimmen.

Unbefriedigte Kinder. Am Sonnabend nachmittag ist an der Mündung des König-Albert-Hafens ein 7jähriger Knabe beim Spielen in die Elbe gefallen, vom Steuermann illkirch und Goosmann Helgendorf aber lebend aus den Fluten gerettet worden. Das Kind war bereits bewußtlos geworden.

##### Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

##### für den 5. November.

Südwestwind; wechselnde Gewölkung; meist heiter; mild; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Ein kräftiges Tief zieht nördlich an und vorüber; sein Kern liegt über Skandinavien. Hohes Druck breite sich im Süden aus und bildet einen kräftigen Rücken, der sich von Italien nordwärts bis über Bayern hinzogt. Der Einfluß desselben ist noch vorhersehbar, so daß erhebliche Niederschläge nicht zu erwarten sind.

Die Höhe zwischen Dresden und dem Schwarzwald macht aber die Wetterlage unsicher.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Südwest - 15, Bodenbudy - 72, Brandis - 37, Melnik + 86, Leitzberg - 50, Käfling - 30, Dresden - 174.

schung finden. „Alle Staaten werden Maßnahmen treffen, um die Soldaten nach Beendigung der Dienstzeit bei den Fahnen zu behalten und zu gleicher Zeit die Bestellungsverhältnisse einzubauen. Greift Deutschland zu dieser Maßregel, so erhöht es seine Friedenspräsenzstärke um 400 000 Mann (Dies trifft nicht ganz zu. D. Red.), Oesterreich erzielt auf demselben Wege eine Erhöhung um 260 000 und Italien um 230 000 Mann.“ Das Blatt weist triumphierend darauf hin, daß die europäischen Staaten nur mit den größten Anstrengungen eine Heeresverstärkung erzielen können, während Österreich mit einem Federstrich viel wirksame Mittel ergreifen könne.

Das sind die Konsequenzen unseres heutigen Militarismus. Während die westeuropäischen Rüstungsanotiker ihre Forderungen immer mehr emportreiben und dem Volke neue unerschwingliche Kosten aufzubürden, triumphiert die russische Barbarei, die zurzeit noch in der politischen Rücksichtlosigkeit eines großen Teiles des Volkes einen Rückhalt findet.

## Deutsches Reich.

### Vom Kampfplatz der Arzte.

Eiserner Terror und gesellschaftliche Reaktion wird den vom 1. Januar 1914 in Breslau amtierenden Ärzten angekündigt, die, ohne die Forderungen des Leipziger Verbandes erfüllt zu haben, mit den Krankenstellen Frieden schlossen. In der Schlesischen Zeitung, die sich zum Sprechrohr der Ärzte gemacht hat, heißt es in einem Aufsatz gegen die neuen Ärzte:

„Es kommt aber weiter hinzu, daß sie selbstverständlich von den einheimischen Ärzten außerhalb aller folgerichtigen Verfahren gestellt werden; daß dieser Abbruch der Standesbeziehungen nicht allein von den praktischen Ärzten, sondern auch von den Beamten und Ärzten der Königlichen Kliniken, der städtischen und anderen Institutionen, der Politikmännern usw. ausgesprochen und daß auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Sitzungen, klinischen Versammlungen u. a. ihnen verwehrt werden wird. Daraus folgt, daß auch gemeinsame Beratungen ihrer Kranken unter Ausübung unserer ärztlichen Autoritäten ihnen nicht bewilligt werden dürfen und sie dannach in der Ausübung ihres ärztlichen Berufes zum Nachteil ihrer Patienten in mancherlei Weise behindert sind.“

Wie weit ferner die von ihnen überwiesenen Kranken in einer Anzahl von Krankenhäusern entweder überhaupt nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen Aufnahme finden werden, läßt sich zurzeit noch nicht beweisen.“

Es wird also der rücksichtsloseste Terror angekündigt, nicht nur gegen die Ärzte, sondern auch gegen die von ihnen behandelten gänzlich unbefähigten Kranken. Angekündigt in dem freikonservativen Scharsmacherblatt, das das ganze Jahr hindurch wie besezen nach Schutz der Arbeitswilligen und Bestrafung des Terrors schreit. Daß sich Krankenhäuser und Königliche Kliniken in den Dienst dieses Terrors stellen, wird hier für ganz selbstverständlich und berechtigt gehalten, so zufolge als Pflicht der staatlichen und städtischen Behörden betrachtet!

Im Rheinland scheint es bald zu glücklichen Vereinbarungen zwischen den Ärzten und Krankenstellen zu kommen. Aus Köln wird gemeldet: Unter Vermittlung des Sicherungsamts ist hier eine Einigung zwischen den Kölner Krankenstellen und Ärzten angebahnt worden. Es ist begrundete Hoffnung vorhanden, daß in nächster Zeit die Verhandlungen zu einem praktischen Ergebnisse führen werden.

Ähnlich wird berichtet: Eine ganze Anzahl von Städten Westdeutschlands hat die Ubficht-Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenstellen herbeizuführen, um den Ausbruch des Kampfes zu vermeiden. In Koblenz haben die Oberbürgermeister von neun Städten Westdeutschlands eine Konferenz abgehalten, in der zu dieser Frage Stellung genommen wurde. Man einte sich auch über gewisse Grundsätze, nach denen die Städte gemeinsam vorgehen wollen.

### Die Festlegung der Matrikularbeiträge.

Für eine gesetzliche Regelung der Matrikularbeiträge tritt eine parlamentarische Korrespondenz ein, und zwar um die bündestaatlichen Ämter vom Reichstag unabhängig zu machen. In der erwähnten Korrespondenz wird zugunsten des Vorschlags folgendes gesagt:

„Seit der letzten Finanzreform vom Jahre 1909 ist die Abhängigkeit der eingetragenen Ämter vom Reichstag auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Finanzverwaltung, den Bundesstaaten und dem Reichstag dadurch beseitigt, daß alljährlich eine feste Quota an Matrikularbeiträgen von den Bundesregierungen erhoben wird. Über diese Vereinbarung beruht auf feiner geschicklichen Grundlage, und der Reichstag ist daher an sie auch nicht gebunden. Würde der Reichstag bei der Besteigung des Stals einmal auf die Vereinbarung über die Höhe der Matrikularbeiträge aus einer früheren Legislaturperiode keine Rücksicht nehmen, so wäre die Abhängigkeit der bündestaatlichen Ämter vom Reichstag wieder hergestellt. Hierin liegt eine Maßnung, die feste Regierung an der Matrikularbeiträge jährlich auf möglich auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Einzelstaaten haben hieran unbedingt das größte Interesse, und der Reichstag dürfte sich auch nicht weigern, eine solche Ordnung herbeizuführen, die in den finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Bundesstaaten eine endgültige Regelung schafft.“

Der Reichstag mühte sehr töricht sein, wenn er sich auf die Festlegung der Matrikularbeiträge entlädt. Alle übrigen Einnahmen des Reiches, die Steuern, Böle und Gebühren, sind ein für allemal geleglich festgelegt. Sowie der Reichstag einmal einem Gesetz zugestimmt hat, dass die Erhebung derartiger Einnahmen vorsteht, so hat er keinen Einfluss auf die Höhe der Steuern mehr, er kann bei der Staatsberatung nicht etwa befürchten, daß von einer Steuer oder einem Zoll ein höherer oder niedrigerer Satz erhoben wird, als durch Gesetz vorgesehen ist. Die Matrikularbeiträge stellen das bewegliche Element in den Einnahmen des Reiches dar. Sie können nur jeweils erhoben werden, als der Reichstag sie bei der Staatsberatung ausdrücklich bewilligt hat. Für den Reichstag ist daher das Recht, die Höhe der Matrikularbeiträge jährlich zu bestimmen, ein wichtiges Machtmittel. Da die Matrikularbeiträge des Deutschen Reichstags sowie nicht allzu reichlich bemessen sind, wäre es geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn der Reichstag sich ohne weiteres das Recht auf die jährliche Festlegung der Matrikularbeiträge nehmen ließe. Mögen die deutschen Regierungen die unbedeutenen Matrikularbeiträge

los werden, so sollen sie doch eine direkte Steuer einführen, die alljährlich der Rechtmäßigkeit des Reichstags unterliegt. Erhält der Reichstag ein wirkliches Steuerbewilligungrecht, wie das andere Parlemente haben, dann wird er überhaupt auf die Matrikularbeiträge verzichten können.

### Die Ursache des Geburtenrückgangs.

Unsere Patrioten schreien jetzt sehr eifrig Aoj und Weh darüber, daß in Deutschland die Zahl der Geburten stark abgeht. Die preußische Regierung forscht bekanntlich nach und unbekannt gebliebenen Ursachen des Geburtenrückgangs. Wie sich aus den verschiedenartig mitgeteilten Anweisungen ergeben, die an die Regierungspräsidenten ergangen sind und von diesen an die nachgeordneten Instanzen weitergegeben wurden, sucht die Regierung jene für sie geheimnisvollen Ursachen in gewissen Zeitungsaussagen, Vorbeugungsmitteln und dergleichen, und es steht zu erwarten, daß mit vieler Aufwand eine große Haupt- und Staatsaktion gegen diesen „Feind“ des Geburtenvermehrung einsetzen wird, — als einziges Mittel zur Bekämpfung des Nebelstandes.

Jedermann vermutet zwar ohne weiteres einzuführen, daß derartige Maßnahmen nicht den geringsten Erfolg versprechen. Aber unsere Bürokratie muß doch wenigstens so tun, als ob sie den Kampf gegen den Geburtenrückgang aufnehmen wolle. Gegen die wahre Ursache des Geburtenrückgangs, die allgemeine Zeuerung, dürfen und können die deutschen Regierungen ja nichts machen, das erlauben die Agrarier nicht. Jetzt ist auch von einem Manne, der nicht im Verdacht steht, liberal oder gar sozialdemokrat zu sein, die Anschauung vertreten worden, daß die Zeuerung an dem Geburtenrückgang schuld sei. In einem vom Standpunkt des überzeugungstreuen konservativen Beamten geschriebenen Buche über die Ostmarkenfrage sagt der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Dr. von Horn, der Sohn eines früheren Oberpräsidenten:

„Hauptsächlich ist aber an der Verminderung der Geburten die unangesehne zunehmende Lebensverkürzung schuld, die es allen Kreisen der Bevölkerung und Ausnahme der reichsten und der ärmeren erschwert oder unmöglich macht, eine größere Zahl von Kindern zu haben — der Eltern — Stande entsprechend zu erziehen. Da nichts geschieht, um die allgemeine Lebensverkürzung, die übrigens nicht durch die Landwirtschaft herbeigeführt ist, plausibel in ihrer ganzen Ausdehnung zu bekämpfen, so ist nicht zu hoffen, daß sich die Geburtenziffer der deutschen Bevölkerung wieder in vernünftigen Wegen hebend wird.“

Die Ausführungen des Herrn v. Horn werden natürlich bei den weißen Deutzen, die unser deutsches Vaterland regieren, feinerlei Beachtung finden. Das einzige, was getan werden kann, um die Lebensverkürzung zu mildern, ist die Beseitigung unserer Lebensmittelzölle. Davon wollen die Herrschaften nichts wissen, und so wird sich wohl der Kampf gegen die Einschränkung des Geburtenzahls auf ein Nachsehen nach gefährlichen Inseraten und ähnlichen Kindereien beschränken. Es wird zwar deshalb auch nicht ein Kind mehr geboren werden, aber die fetten Profe unter uns Junken werden nicht verringerkt. Und das ist in Deutschland doch schließlich die Hauptzufahrt.

Bremen hemmt die mecklenburgische Verfassung! Wie die tägliche Rundschau von „unterrichteter Seite“ erichtet, hat die Frage der mecklenburgischen Verfassung bereits Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen der Reichsleitung und der mecklenburgischen Regierung gebildet. Das Ergebnis dieses Meinungsaustausches war das, daß die Reichsleitung keine Geneigtheit zeigte, die mecklenburgische Verfassungsfrage durch die Reichsinflanz lösen zu lassen. Der Befehlsgang der maßgebenden Stellen ist dabei folgender:

Wenn eine Verfassung ausgenördigt würde, so könnte, nach der Reichsverfassung, den Ständen das Recht zu über die Rechtsfähigkeit des neuen Verfassungsgesetzes die Entscheidung des Bundesrates anzuvertrauen. Der Bundesrat wäre gezwungen,

sollte eine gütliche Einigung nicht gelingen, ein Gutachten etwa des Reichsjustizamtes einzufordern und demgemäß seine Entscheidung zu treffen. Würde das Gutachten eine Gefechtwidrigkeit feststellen, so bliebe dem Bundesrat ein anderer Weg, als der der Reichsgesetzgebung, d. h. Bundesrat und Reichstag müßten sich über einen Verfassungsentwurf für Mecklenburg einigen. Bei der heutigen Zusammenstellung des Reichstags wäre nur die Möglichkeit gegeben, daß ein Verfassungswert aufzufinden käme, das die mecklenburgischen Regierungen ablehnen würden, da es nicht an gesetzlicher Entwickelung anknüpft, sondern auf demokratischer Grundlage aufgebaut wäre. Auf diese Weise würden die Schwierigkeiten ins Umgemeine vermehrt werden. Man ist daher von dem Gedanken, das Reich mit hinzuziehen, vollständig abgesehen.

Der Reichskanzler wollte offenbar sein Prädikat geschaffen wissen, damit nicht auch einmal Preußen auf dem Umweg über den Reichstag zu einem anständigen Wahlrecht kommt. Preußen will nicht — deshalb muß die mecklenburgische Regierung sich dem Diktum eines ausgefuchten Junktums folgen.

Mittelstandsfestigung. In Berlin begann am Montag wieder einmal eine Mittelstandsfestigung, die diesmal von einer Vereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe veranstaltet wird. Alle möglichen Regierungsstellen hatten sich vertreten lassen, und alle bürgerlichen Parteien des preußischen Landtages und des Reichstages. Man sah da neben dem Spittus-Streit den Fortschritts-Boden, und neben dem antisemitischen Künftler-Sammeln den — „Germanen“ Dr. Brandt. Scheinbar Schwartz vom preußischen Finanzministerium feierte den Mittelstand als die wertvollste Stütze und das beste Volkser der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dann wurden verschiedene Reden, natürlich in erster Linie gegen die Konsumvereine, gegen die Bräutengesellschaften, gegen Ausschuß, Sonntagsrede, den unlauteren Wettkampf, doch auf dem letzten evangelisch-lutherischen Kongreß auch schon eine gewisse Einsicht über die Notwendigkeit der Konsumvereine zum Ausdruck gekommen ist.

## Rusland.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Sozialdemokratischer Parteitag.

Wien, 3. November. Auf dem Parteitag wurden heute die Anträge, die von der Fraktion die Anwendung der schriftlichen Praktik, namentlich der Öffentlichkeit, forderten (siehe den vorherigen Bericht in der Beilage dieses Blattes, D. Red.) mit der Zustimmung zugelassen, daß für die Antrag-

steller die Debatte die Hauptzufahrt war. Angenommen wurde die Resolution der deutsch-böhmischem Delegation, die die Öffentlichkeit als normale parlamentarische Tafel ablehnt und sie nur unter besonderen Umständen als äußerstes Mittel parlementarischer Abwehr für anwendbar erklärt, worüber die Abgeordneten die Entscheidung haben. Einstimming angenommen wurde ein Antrag, der Fraktion das unerschütterlichste Vertrauen auszusprechen.

Es folgte ein vierständiges Referat des Abgeordneten Genossen Karl Leutheuer über auswärtige Politik und Militärforderungen. Seine Resolution, die die gesamte Arbeiterschaft auffordert, den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus mit den äußersten Mitteln zu führen und die Unterstützung der Rüstungspolitik als Werk der Feinde der Volkskraft und der Freiheit zu beschließen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf referierte Otto Bauer über den Stillstand der Sozialgesetzgebung und die Verschleppung der Sozialversicherung, gegen die die Parteitag nach füger erklärender Debatte einstimmig einen charakteristischen Protest beschloß.

### Neue Verhaftungen bei den Schiffahrtsgesellschaften.

Wien, 3. November. Die Aktion der österreichischen Regierung gegen die unerlaubte Aussonderung Stellungspflichtiger, die mit der Verhaftung der Wiener Repräsentanten der Canada Pacific Railroad begonnen hat und die Schließung deren Büros zur Folge hatte, wird nunmehr auch auf die anderen Schiffahrtsgesellschaften ausgedehnt. Heute wurden in Lemberg, Krakau und Tschenowitsch die Eigentumsverhältnisse der Triester Schiffahrtsgesellschaft Austria-Americana, die bereits im Schiffahrtsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses wegen der Verletzung der Aussonderung nach ungefundene droßlischen Vorfahren bestimmt angegriffen worden waren, bedenklich geschlossen und die Agenten und Hilfsleiter, unter ihnen das Mitglied der Demokratischen Partei Kaiserlicher Hof Reich verhaftet. Gleichzeitig wurden auch andere Reisebüros, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Verhaftungen vorgenommen. 16 Agenten der Sonderabteilung wurden verhaftet. Von Wien aus begann am Freitag in gerichtlichem Auftrag ein Polizeikommissar nach Czernowitz und nahm eine Haussuchung im Fleischwarenraum der österreichischen Fleischwaren zu. Es wurden zahlreiche Ungezogenheiten festgestellt. Gleichzeitig wurde auch andere Fleischwaren, die mit Schiffahrtsgesellschaften zusammen somit die Inhaber verhaftet — auch in der Transylvanien. Auf diese wurden neue Durchsuchungen vorgenommen. Der Vater der Krakauer Ritter, Adolfo Dr. Gargos, war bereits seit einigen Tagen angeblich verhaftet. Bei den Spionen der Ritter in der Sonderabteilung wurden Ver

zegung der militärischen Ausgaben Entwürfe vorlegen würde, die das Prinzip der progressiven Einkommensteuer und das Kapitalsteuer enthalten. Was man nun bisher über die künftigen Ministerkabinetten höre, deutet nicht darauf hin, daß die Kabinette mit den versprochenen Vorlagen begnügt würden. Einige Zeit haben die großkapitalistischen Blätter, wie der *Tempo*, einen Feldzug begonnen gegen einen Milliarden-Anleihe und gegen die Einkommensteuer; früher haben dieselben Blätter die auf zu liebende sozialistische Finanzpolitik als „abenteuerlich“ bezeichnet. Jetzt, wo sie die Einkommensteuer immer näher kommen sehen, wechseln sie die Taktik, und was früher „abenteuerlich“ war, wird plötzlich zum einzigen Ausweg, der übrig bleibt, wenn Abstimmungen verhindert werden sollen. Es scheint, daß die Regierung es vermieden möchte, jedoch Monate vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen und sich dadurch die Sympathien der Rechten und der Kleinbürgerschaft zu verschaffen, die sich mit Händen und Füßen gegen jedes Einkommensteuersystem wehren. Unter diesen Umständen wäre natürlich nur die Anleihe übrig, um das Milliarden-Ziel im Budget ausfüllen zu können.

Die Sozialisten werden jedoch diesen Sprung des Ministeriums Porath über seine im Sommer gegebenen Versprechungen weg nicht ohne beständiges Widerstand zu leisten gewollt. Händen kann auch die Radikalen den Mut, sich den Sozialisten anzuschließen, ja kommt Porath darüber hützen. Aber werden die Radikalen nicht auch hierzu zurücktreten, so kurz vor den Wahlen neue Steuern zu schaffen? Für sie steht sehr viel auf dem Spiel. Sie haben bei der Wahl des Präsidenten der Republik im Anfang dieses Jahres gezeigt, wie teuer sie es bezahlt haben, daß keiner der ihnen im Ministerpräsidium saß, während den Wochen, die der Wahl vorangingen. Sie wissen, was es sie kosten kann, wenn sie es nicht fertig bringen, in den Monaten, die den allgemeinen Parlamentswahlkampf vorausgehen, ein radikales Ministerium zu erzielen. In der laufenden Tagung, die nur zwei Monate dauern wird, wird sich erkennen lassen, ob die Radikalen einig genug sind, um sich nach vorne schlagen die Schlüssel verschaffen zu können: dann wird die Hauptbedeutung der Herbstsession liegen.

#### Balkan.

**Der Fürst von Albanien.**

Wien, 3. November. Der Reichspost wird von informierter Seite bestätigt, daß Prinz Wilhelm zu Wied die Kandidatur für den albanischen Fürstenhof angenommen hat.

Wien, 3. November. Prinz Wilhelm zu Wied hat dem Antrag Polens und Österreich-Ungarns, ihn für den Thron Albaniens zuverfügbar zu stellen, zugestimmt. Deutschland verhält sich neutral. Die junge Englands, Frankreichs und Italiens scheint stärker.

Rom, 3. November. Die Frage der Zibilliste des neuen Fürsten von Albanien wird, wie auf der Konstituante mitgeteilt wird, durch eine von den Mächtigen garantiierte und kontrollierte albanische Rente gelöst werden. Die Anleihe dient außerdem zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse des neuen Staates.

#### Unmenschliche Behandlung der Gefangenen.

Sofia, 3. November. (Meldung der Agence Bulgare.) Bulgische Offiziere und Sergeant, die griechische Kriegsgefangene gewesen sind, haben an den Ministerpräsidenten Venizelos eine Petition gerichtet, in der sie gegen die unmenschliche Behandlung während ihrer Gefangenschaft in Griechenland protestieren.

#### Mehrheitsbewegung in Rumänien.

Bukarest, 3. November. Der Kongress der liberalen Partei, der in Verhandlungen abgehalten wurde, nahm eine Resolution an, in der die Wahlreform und die Expropriation der großen Bodenbesitzungen der Bauern als dringend notwendig bezeichnet wurde.

#### Italien.

#### Das Wahlergebnis.

Rom, 3. November. Auch die Stichwahlen haben der Sozialdemokratie einen weiteren großartigen Erfolg gebracht. Im ganzen ist es gelungen, noch weitere 16 Mandate zu erhalten, so daß die Sozialdemokratie zugleichlich der bereits in der Hauptwahl errungenen 36 Mandate insgesamt über 52 Parlamentsmandate verfügt. Außerdem sind gewählt: 3 wilde Sozialisten, 2 Syndikalisten und 22 Reformisten. Im Rom ist Giacomo Campanozzi unterlegen, beide römische Stichwahlkreise fallen den Alerkalen und den Nationalisten zu. Der Rücktritt des bisherigen römischen Bürgermeisters, Nathan, sowie der ganzen antifascistischen Stadtverwaltung Rom's ist daher unvermeidlich. Andererseits sind die konserватiven Kommunalverwaltungen der Städte Turin, Mailand, Florenz durch die sozialdemokratischen Wahlsegen erschüttert.

#### Außenland.

#### Postspiegel und Blutstrafe.

Petersburg, 2. November. Die Gerichtskammer in Minnesotah in diesen Tagen ein Urteil in dem Prozeß der Bobolisker Revolutionären des jüdischen Arbeitervolkes. Eine Anzahl Personen war angeklagt, nach dem Blutbad an der Lenta im April vorher Jahren angeklagte und illegale Literatur unter den Arbeitern verbreitet zu haben. Das Gericht erkannte sich, daß der Prozeß von dem Präfektur-Rat, der als Postspiegel der Gemeindepolizei in der Organisation tätig war, initiiert worden ist. Trotzdem kam das Gericht zu einem Schuldentscheid und verurteilte den Angeklagten Walter zu zwei Jahren oder Monaten und den Postspiegel Rudolf zu 8 Jahren. Dieses Urteil ist nachdrücklich nicht erneut zu nehmen. Weder der Postspiegel nicht in Freiheit gesetzt, so wurde er nur an den Regierungssenat in Petersburg zu appelleben, der nachdrücklich in dem Prozeß gegen die Agentin Schwartsovna, die zweiten Dame initiiert hat, den Grundsatz ausschaffte, daß die Postspiegel der „Oktjabr“ straffrei ausgehen müssen.

#### Parteilangelegenheiten.

##### Wilhelm Schröder.

Aus Wilmersdorf bei Berlin kommt die traurige Hoffnung vom Ableben des Genossen Wilhelm Schröder, des Redakteurs der sozialdemokratischen Parteikorrespondenz. Vor mehreren Monaten mußte er, von einem Krebsleiden besessen, sich auf das Krankenbett legen; nun hat ihn der Tod im Alter von 50 Jahren dahingerafft.

Schröder war ein Hamburger Kind und aus dem ersten Verhältnis hervorgegangen. Er wußte den Beruf des Zigarettenfertigers, aber es zeigten sich in dem jungen Mann bald herausragende geistige Begabungen, die ihn in die Arbeiterbewegung und in deren Journalistik führten. Er war in der Zeit des Sozialistengesetz schon in Hamburg tätig und bekam die Stellung eines Korrespondenten, in der er sich weiter auszubilden vermochte. Wenn wir nicht irren, war es Ignaz Kutz, der auf den beschäftigten jungen Mann die Aufmerksamkeit lenkte, als anfangs der 90er Jahre die Redaktion des *Sozialist* eine gute Kraft für ihren lokalen Teil suchte. Schröder kam nach Berlin und er führt den letzten Teil des Vorworts bis

zum Jahre 1905. Er hat in dieser Stellung ausgezeichnet geleistet, und zugleich hat er sich, obgleich er nach außen weniger hervortrat, durch die Offenheit und Originalität seines Werks, besonders durch den ihm auszeichnenden feinen Humor in weiteren Parteiteilen Sympathien erworben. Auch mehrere und zum Teil längere Gefängnisstrafen mußte er als Verantwortlicher des Vorworts überstehen. Aus Anlaß des Vorwortskampfes im Herbst 1905 trat Schröder von seiner Stellung zurück. Er wurde dann nach einiger Frist zum Redakteur der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz des Agitationsbogens für untere Radikale und untere radikal-revolutionäre Kräfte, bestellt. Auch in dieser Arbeit hat Schröder mit Fleiß und Ernstlichkeit tätig geleistet, die statliche Reihe der Bände der Sozialdemokratischen Korrespondenz wird noch auf lange hinaus von seinem Wirken zeugen.

Seiner Parteiposition nach war Schröder zum sogenannten „rechten Flügel“ der Partei gehörig. Er war, rücksichtslos seiner Überzeugung folgend, häufiger Mitarbeiter der Sozialistischen Monatsschrift, und auch diejenigen, die seine Untersuchungen nicht teilten, konnten zugestehen, daß er immer bestrebt war, seine Ansichten sachlich und lärmehaftlich darzulegen. Mehrere Jahre lang war Schröder Vorsitzender der Parteiorganisation seines Wohnortes Wilmersdorf. Er war ehemals Sozialdemokrat und hat auch in diesem Amt sein bestes im Dienste der Arbeiterschaft getan.

Die Partei verliert in Wilhelm Schröder einen sehr befähigten Kämpfer, der von der Jugend bis zur letzten Stunde treu mit ihr und für sie gearbeitet hat. Sie wird ihm stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren!

#### Landtagswahlkreis.

Schmölln, 3. November. Bei der heute stattgehabten Eröffnungswahl zur 3. Abteilung des Altenburgischen Landtages wurde an Stelle des von Altenburg vergangenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dittretter der sozialdemokratische Kandidat, Geschäftsführer des Konsumenten-Mengeln-Schmölln mit bedeutender Mehrheit gewählt.

#### Glaubensfestliches Stadtverordnetenwahlrecht.

Berlin, 3. November. Am Montag fanden hier die Wahlen der Stadtverordneten statt. Unsere Genossen, die einen heißen Kampf zu besiegen hatten, siegten über die vereinigten Gegner mit einer Majorität von 800 Stimmen. Die Zahl der bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten betrug 11. Am Montag wurden noch 9 Stadträte hinzugezogen, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament jetzt 20 beträgt. Dadurch ist die ganze dritte Klasse in den Besitz der Sozialdemokratie gelangt.

#### Aus aller Welt.

##### 3200 Kilometer im Zweidecker.

Berlin, 3. November. Heute trafen abermals zwei deutsche Fliegeroffiziere hier ein: Lieutenant Viktor Gargano vom 4. Fliegerbataillon und Lieutenant Friedberg vom 4. Fliegerbataillon. Sie waren vor zehn Tagen auf ihrem Doppelsitzer der Luftverkehr-Alten-Gesellschaft mit 100 Pferdestärken Motor in Straßburg aufgestiegen und über Straßburg nach Graudenz geflogen, wo sie drei Tage ankommen. Heute um 7½ Uhr früh war der Flugtag in Graudenz erfolgt. Bis Graudenz waren 1700 Meter hoch und orientierten sich nun nach dem Kompass. Es herrschte heftiger Regenwetter. Um 11 Uhr erblödete sie, tiefer gehend, die Sonne und wurden vom Wetter beeindruckt, daß sie sich in Wissens, in der Nähe von Groß-Gerau, befinden. Sie liegten sofort wieder auf und landeten um 11 Uhr 15 Minuten in Wissens. Sie haben insgesamt 3200 Kilometer Luftlinie zurückgelegt und hoffen, damit den Weltrekord Reinbecks gebrochen zu haben.

#### Ein vorzügliches Urteil.

Franfurt a. O., 3. November. Das Schwurgericht zu Frankfurt a. O. hat sich heute erneut mit der Sühne des Postfachensabzugs Kurt b. Knobelsdorff zu beschäftigen, mit der es sich bereits einmal vor etwa einem halben Jahr befaßt hat. b. Knobelsdorff hatte hier am 2. Januar d. J. im Verlauf eines Streites den Speditionsgehilfen Gedrich niedergeschossen und war von den Geschworenen, trotzdem die Sachverständigen ihn für ungerechtfertigt bezeichneten, schuldig gesprochen worden. Daraus ergab sich der fiktive Fall, daß die drei ermittelten Verurteilten einstimmig zu der Ansicht gelangten, die Geschworenen hätten sich zu Ungunsten des Angeklagten geirrt. Damit war die Möglichkeit gegeben, die Tache zu vertagen und an das nächste Schwurgericht zur erneuten Aburteilung zu überweisen. Dieser zweite Prozeß endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, die den Angeklagten sämtlich für geisteskrank erklärt, wurde den Geschworenen nur die eine Schuldfrage nach Totschlag vorgelegt. Die Untergangsliste auf mildere Umstände. Der Staatsanwalt führte aus: Fürchten Sie nicht, meine Herren Geschworenen, daß der Angeklagte, wenn er für unschuldig erklärt wird, weiterhin Unrecht anrichten kann und wieder auf Menschen losgelassen wird. In diesem Saal befinden sich Polizeibeamte, die dafür sorgen werden, daß der Angeklagte, falls ein Freispruch erfolgt, den Saal nicht als freier Raum verlässt. Nach einer Beratung von nur 5 Minuten verließ der Obmann der Geschworenen den Richtsaal, der auf Richtigkeit hinführte. Der Angeklagte wurde freigelassen, aber sofort in Sicherungshaft genommen.

#### Ein verhängnisvoller Streit.

Spatzau, 3. November. Die 22 Jahre alte Tochter eines Bierbrauers in Gauau bei Spatzau war mit einem in Gegenwart eines Bierbrauers eingekerkert, der einen jungen Mann auf einen Stockmarkt verdeckt. Wegen der Art der Aussteuer kam es jedoch zwischen Vater und Tochter zu Meinungsverschiedenheiten, die sich darauf zuspitzten, daß das Mädchen die Wohnung verließ und von der beiden Gauauer Bierbrauereien in den Gang hinausprang, wo es den Tod fand. Der Vater erklärte sich aus Gram über den Verlust der Tochter, die ihm die Wirtschaft geführt hatte, in der Stadt im Hinterland.

#### Eine ganze Familie vergiftet.

Görlitz, 3. November. Der Kaufmann Weisel, Inhaber der Firma Weisel u. Co. in Görlitz, hat nachts seine Frau, zwei Kinder von zwölf und zehn Jahren und schließlich sein selbst mit Stichwund und Leben gebrachte. Das zurückgelassene Briefchen geht hervor, daß die Familienmitglieder freiwillig aus dem Leben geschieden sind, da der gescheiterte Mann aus der Weiselgasse, wo es mit anderen Kindern spielt, unter dem Verdacht, Schlädele zu erhalten, fortgeschieden ist. Auf die Ergriffenheit des Mordes ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

#### Starbtes eines Subtilitäts.

Dresden, 3. November. Wie die Amtsblätter weißten, wurde heute morgen gegen 5 Uhr im Hof eines Hauses in der

Hansstraße ein gräßlicher Mord entdeckt. Man fand dort die Leiche eines 28 Jahre alten Mannes. Im Verdacht geriet eine Prostituierte, bei der sich der junge Mann aufgedrängt hatte. Er war wohl mit ihr in Streit geraten, der Mordherr war herbeigekommen und hatte dem jungen Mann, nachdem er ihm die Tür entzerrt, einen Stoß in den Kopf verpasst. Dann hatte er ihn aus dem Fenster der in der dritten Etage belegten Wohnung in den Hof hinausgeworfen. Dem Unglückslichen brachen dabei Arme und Beine. Sein Name wurde noch nicht festgestellt; noch einer bei ihm vorgefundene Postkarte scheint er aus Gelsenkirchen zu stammen. Eine von der Polizei in der Wohnung der Prostituierten vorgenommene Haussuchung förderte den Tod des jungen Mannes auf. Als der Tat verdächtig verdächtigt wurde ein Gelegenheitsarbeiter und Baschalter namens Wendel hinter Schloß und Riegel gebracht.

#### Auf der Straße ermordet.

Stettin, 3. November. Wie der Zeitzer Anzeiger meldet, fand gestern nacht ein blinder Einwohner im benachbarten Nossberg nicht am sogenannten Mittelholz einen etwa 20 Jahre alten polnischen oder galizischen Bauerarbeiter in einer Blutlache liegend auf. Der Unbekannte hatte eine knappe Wunde am Kopf. Beim Einbrechen des sofort bestreiteten Ortspolizist war der Unbekannte bereits gestorben. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Mordopfer in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Begleitung von zwei unbekannten Männern vom Bahnhof Nossendorf aus den Helmweg entgegenhat. Die Todeszeit ist noch nicht bekannt. Die Obduktion ist noch heute fort.

#### Ein rumänisches Petroleumfeld in Rumänien.

Bukarest, 3. November. Seit gestern wieht in Moreni, einer der petroleumreichen Gegend Rumäniens, ein großer Brand. 17 in Tätigkeit befindliche Petroleumgruben stehen in Flammen. Weit und breit sieht man nichts als ein einiges Feuermeer. Die Bewohner der Umgebung lassen ihre Habe im Sack und flüchten nach anderen Ortschaften. An eine Pollution des Landes ist vorläufig nicht zu denken. Der Schaden ist ungeheuerlich. Die Verluste sind schwer zu schätzen.

Bukarest, 4. November. Der Stand der Petroleumquellen bei Moreni ist durch Rauchschwaden von Sanddünen über den Rohrböschungen verdeckt. Der Ölraum ist ausgebrennt. 18 Bohrlöcher sind ausgebrennt. Verluste am Menschenleben sind nicht zu beklagen.

#### Letzte lokale Nachrichten.

Eine Hochstaplerin hat hier in den letzten Monaten durch Kreisbetrügerei verschiedene Firmen geschädigt. Sie macht in einer Angabe von Gesäßhosen unter dem Doktornamen einer Gräfin Alice v. Brandenburg, geb. Krein v. Nossendorf, auch auf Schmuck, Besteckwaren aus Porzellan, wie Hüte, Koffer, Schuhloden, Kleidungs- und Wühlschätze, Biancos usw., wobei sie sich als sehr vermögende Dame, Oftversprecherin, Gestalterin bedeutender Güter in Nachland aufstieß, trocken aber nicht zu bezahlen vermochte und die Geschäftsführer immer wieder auf Wieder vertrieb. Auch als Dienstschwundlerin bestieg sie sich und entlockte den Herren, die denen sie in Beziehung trat, erhebliche Darlehen. Schließlich mußte sie sich auch von der Induktivität des Personals, in der sie wohnte, durch betrügerische Männer betrücksichtigen lassen zu verschaffen. Wie die Ermittlungen der heiligen Kriminalpolizei ergaben, handelt es sich um die am 16. März 1871 in Sternberg bei Frankfurt a. O. geborene Alwine Henriette Schmidowitsch, deren gewisse Hemmisse bereits vor mehreren Jahren wegen einer Schießerei die öffentliche Sicherheit belästigte. Die Vermutete befindet sich angeblich seit 1908 ständig auf Reisen, wobei sie die Städte Berlin, Köln, Bonn, Aachen, Düsseldorf, Düsseldorf, Paris u. Berlin hat. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalabteilung melden.

Unbefriedigte Kinder. Am Sonnabend nachmittag ist an der Mündung des König-Albert-Flusses ein 7jähriger Knabe beim Spielen in die Elbe gestürzt, vom Steuermann Illert und Goedeckmann Helgendorf aber lebend aus dem Fluten gerettet worden. Das Kind war bereits bewußtlos geworden.

#### Prognose der sächsischen Landeskletterwarte

##### für den 5. November.

Sächsische Winde; wechselnde Gewölkung; meist heiter; mild; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Ein kräftiges Tief zieht nördlich an und vorüber; sein Kern liegt über Skandinavien. Hoher Druck breitet sich im Süden aus und bildet einen kräftigen Rücken, der sich von Italien nordwärts bis über Bayern erstreckt. Der Einfluß des nordwärtigen Drucks macht die Weiterlage unsicher.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Sudweis — 15, Gardebusch — 72, Brandis — 37, Melis — 36, Leitmeritz — 50, Aussig — 30, Dresden — 174.

#### Letzte Telegramme.

##### Krupp-Prozeß.

Berlin, 4. November. Die Öffentlichkeit wird zunächst ausgeschlossen. Gegen 9½ Uhr eröffnet Landgerichtsrichter Dr. Götzen die Verhandlung. Der Oberstaatsanwalt teilt mit, daß Generalleutnant v. Büding noch nicht habe geladen werden können, weil er von Darmstadt nach Berlin abgereist sei. Seine Abreise werde ihm freihändig morgen zugestellt werden können. Anfolgendem wird auch Major Ahlers einschließlich entlassen, da es empfehlenswert erscheint, diesen Zeugen gemeinschaftlich mit v. Büding zu vernehmen. Beide Zeugen werden zu Freitag vormittag 10 Uhr geladen. Angeklagter Ecarius stellt auf Grund seiner früheren Aussagen fest, daß er v. Büding hinsichtlich der Bekanntmachung der Normalkaserne an den Reichstagabgeordneten Dr. Liebknecht keine Rolle gespielt habe.

#### Frankreich und die olympischen Spiele.

Paris, 4. November. Ministerpräsident Barthou empfing den Hauptausschuß der französischen Sportvereinigung und den Vorstand der olympischen Sportfrankreichs, in deren Namen Graf Clerc den Weißrussland der französischen Regierung für die Teilnahme der Franzosen an den im Jahre 1912 in Berlin stattfindenden Olympischen Spielen erbot. Barthou versprach, daß ihm unterbreiter Besuch und die erbetene Unterstützung im Betrage von 400 000 Franc vor dem Parlament wohldenkend beitreten zu wollen.

#### Der Ritualmordprozeß.

Kiew, 4. November. Ein Ritualmordprozeß bezeichnete Professor Trotski von der geistlichen Akademie zu Kiew als unrichtig. Er befürwortete, weder der Talmud, noch die Bibel, noch irgendwelche andere religiösen Buche, die er kannte, bestätigte die Aussage des Kiewer Rabbiners. Die Zahl



## Sächsische Angelegenheiten.

**Der Bahnhofshandel als Pressesymbol gegen die Presse.**  
In der von den Dresdner Konservativen bei ihrem Entschließungsantritt gegen das Berliner Tageblatt angenommenen Resolution steht es unter anderem, wie gestern schon er wählt, auch:

„Sie (die Konservativen) erblicken in diesen Vorgängen die inhumanitäre Versuch der Untergründung deutschen Volksstaates, der Monarchie und der christlichen Grundlage unseres Staates und sind verurteilt, daß die deutschen Bundesregierungen, die wegen des gleichen Verhaltens den Verkauf der sozialdemokratischen Zeitungen und des Simplizissimus an den sächsischen Bahnhöfen mit Recht untersagt haben, es jeder unterlassen haben, Abwehrmaßnahmen gegen das Berliner Tageblatt zu ergreifen. Mit um so größerer Dankbarkeit beglückt wir es daher, daß dem Vernehmen nach die Königlich Sächsische Regierung als erste unter den Regierungen der deutschen Bundesstaaten dem Berliner Tageblatt bei der ersten Wiederholung verlebender Auflagen gegen Fürst, Volk und Kirche ein Verbot des Betriebes auf den sächsischen Bahnhöfen, wo die königliche Regierung das Haustrecht besitzt, in Achtung gestellt hat.“

Es erscheint uns angebracht, diese Stelle der konservativen Resolution besonders aufzupischen. Denn es wird darin behauptet und gewissermaßen bestätigt, daß die sächsische Regierung dem Berliner Tageblatt bereits angedroht hat, es mit dem Verbot des Bahnhofshandels geistlich zu schädigen, sobald es noch einmal Auflagen veröffentlicht, die der konserватiven Regierung oder womöglich den Konservativen selbst aus bestimmt Gründen nicht gefallen. Man fühlt sich förmlich in die Zeit des letzten deutschen Bundestags zurückversetzt, wo die Presse nach kurzer Freiheit wieder unter die Polizeijustiz gestellt wurde. Sie haben jetzt seit Jahrzehnten angeblich die Pressefreiheit, aber freilich eine solche mit dem Staatsanwalt davor, und freilich die sozialdemokratische Presse im Betracht kommt, muß auch in dieser Verbindung noch die heutige Massenjustiz genannt werden. Was die heutige Gerichtsbarkeit aus der Freiheit machen kann, haben zahlreiche Prozeßfälle überzeugend demonstriert. Wie schwer es ist, mit einem blauen Auge dazuzukommen, wenn einmal die Strafmaßnahmen in Tätigkeit getreten sind, davon kann ja der Teil der Presse ein Vied jungen, der vor einer rücksichtslosen Kritik nicht zurücksteht. Das genügt aber der konserватiven sächsischen Regierung und ihrem politischen Gefolge nicht. Sie will in Hülle, wo auch der ehrliche Staatsanwalt beim besten Willen nichts machen kann, wo man sich aber im Interesse der konservativen oder monarchistischen Staatsstilken unangenehm berührt fühlt, mit einschneidenden Geschäftsschädigungen vorgehen, gewissermaßen die Bursch von neuem aufrütteln und eine Art Verbot gegen unbefähige Zeitungen erlassen.

Aber das will man nicht nur; das tut man besonders in Sachen mit großem Eifer schon seit Jahrzehnten. Der Verlust des Simplizissimus ist auf den sächsischen Bahnhöfen verdeckt worden und die sozialdemokratische Presse hat man überhaupt niemals zugelassen. Wir sind es schon gar nicht mehr gewöhnt; wir fühlen die ungewöhnliche Art dieses Verfahrens, das wie ein Ausschnitt aus dem Gedächtnis anmutet, gar nicht mehr. Jetzt, wo das Pressesymbol des Bahnhofshandels gegen ein bürgerliches Haus angewendet wird, wo man dieses bereits mit dieser Geschäftsschädigung bedroht hat, um ihm im Zukunft jede nützliche Bemerkung gegen eine Regierung zu verleiden, die durch ihr ganzes Verfahren zur Kritik mehr als herausforder, da wird man förmlich erst an diese aller Rechtsplakette hoffn sprechende Behandlung der sozialdemokratischen Presse erinnert.

All diese vom Geiste der Radelstichpolitik erfüllten einzigartigen Verbote erfolgen in einem Staate, wo der Wahlrechtler besteht wird. Was die Regierung durch das Bahnhofshandelsverbot tut, ist mehr als ein Wahlrecht, das ist ein Pressesymbol ärgerster Art, das ist ein Verfahren, die Presse dafür zu schädigen, daß sie Kritik geübt, daß sie ihren Pflichten nachgekommen ist. Es wird hohe Zeit, mit dieser neuartigen Form aufzuräumen. Sie kann allerdings der Justiz und der Polizei im Klassestaate würdig an die Seite gesetzt werden, aber sie ist schwächer, denn es wird hier eine Verkehrssteuerung zu polizeilichen Zwecken missbraucht und zugleich auch eine Bevormundung des Publikums durchgeführt, das beim Stehen unter Umständen auf Zeitungen verzichten muß, aus denen es sich vielleicht am liebsten informiert. Wenn das so weiter geht, wie es sich jetzt anzeigt, kommt man wohl über kurz oder lang so weit, daß überhaupt nur konseriative Amtsblätter und das Dresdner Journal auf den sächsischen Bahnhöfen verkaufen dürfen.

### Zur Anwendung der Landgemeindeordnung.

Wie dehnbar die Vorschriften der Landgemeindeordnung sind, zeigt ein Streit, der in Augen, einer großen Bergarbeitergemeinde, um die Anwendung der Sondervorschriften für geborene Gemeinden tobte. In einer Sitzung im Jahre 1912 legte der Gemeindeschulthei Kurth, ohne autorisierte Praxis mit dem Kollegium genommen zu haben, ein neues Ortsgeley vor, das an Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig liest. Das neue Wahlrecht hat sechs Wählerklassen vor; hierzu entfielen drei Sitz auf den Grundbegriff mit über 12 Hektar und 11 Wählern; vier Sitz für die Anfänger mit über 200 M. Einwohnersteuer und 17 Wählern; vier Sitz unter dieser Einwohnersteuer mit 385 anfänger Wählern, ein Sitz für die unanfänger Wählern mit über 300 M. Einwohnersteuer und 7 Wählern, ein Sitz für die Einwohner mit über 50 M. Steuer und 5 Wählern und drei Sitz unter dieser Steuerquote mit 1200 Wählern, sowie drei Gemeindeältesten. Bei dieser Gemeindewahlteilung mit acht Sitz für die Höchstbefürworteten, drei Gemeindeältesten und dem Gemeindeschulthei, zusammen 12 Mandate gegen 7 Mandate der unbenannten Bevölkerung, wird diese vollständig an die Wand gedrückt. Von einer Wahl kann, da doch jede Klasse auch für sich wählt, bei den Höchstbefürworteten wohl schlechterdings keine Rede mehr sein. Der Wahlrecht bestimmt seine Vertreter und eine weitvergweigte Freunde- und Verternschaft hätte die Mehrheit im Gemeinderat erhalten. In dieser Sitzung reichten unsere Geister ebenfalls einen von bürgerlichen Vertretern mitunterstützten Antrag ein, der die Zusammensetzung des Gemeinderates aus 18 Vertretern, 2 Gemeindeältesten und dem Gemeindeschulthei und folgende Klasseenteilung vorschlägt: Grundbegriff mit über 6 Hektar und 17 Wählern 2 Sitz, Haushalter, ohne Rücksicht auf das Einkommen, 10 Sitz, Unanfänger 6 Sitz. Alle Beratungs- oder Verschleppungsanträge, die von der anderen Seite kamen, wurden abgelehnt, unser Antrag

mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag, bei den Unanfänger doch noch einen Vertreter der Höchstbefürworteten mit hinzunehmen, fand gegen unsere Stimmen Annahme, so daß nur 4 Klasse gebildet waren: 2 Klasse bei den Anfängern und 2 Klasse bei den Unanfänger. Auf der einen Seite war der Grundbegriff berücksichtigt, auf der anderen das Einkommen. Diese Möglichkeit läßt das Gesetz vom 4. Juli 1912 zu. Der Gemeinderat war der Meinung, daß er damit den Vorrichtungen der Landgemeindeordnung völlig entsprochen hätte. Anderer Meinung war jedoch die Amtshauptmannschaft, die eine andere Regelung der Klasseenteilung verfügte, weil den Gemeinden mitgliedern nicht höherer Steuerleistung eine eingehende Vertretung im Gemeinderat gesichert sei. Gegen diesen Entscheid waren alle Rechtsmittel vergeblich. Sowohl Kreishauptmannschaft wie Ministerium des Innern fand gegen die Nichtgenehmigung des Ortsgeleyes durch die Amtshauptmannschaft nichts zu versagen.

Nunmehr blieb dem Gemeinderat in Zugau nichts anderes übrig, als ein neues Ortsgeley auszuarbeiten. In der letzten Sitzung lag ihm ein vom Verfassungsausschuss ausgearbeitete Entwurf vor. Dieser sieht ein Bierkassenwahlrecht vor und verlangt auch, daß nach § 18 Absatz 3 der Landgemeindeordnung den Industriellen ein Sitz eingeräumt wird. Eine geistliche Verpflichtung, den Herren einen Sitz einzuräumen, liegt nicht vor, da keine von den in Frage kommenden Unternehmungen die im Gesetz vorgegebenen Bedingungen erfüllt. Die Klasse I soll aus den anfänger Gemeindevertretern bestehen, die mehr als 230 M. direkte Gemeindesteuern entrichten, sie soll drei Sitz erhalten. Die Klasse II bildet alle übrigen Gemeindevertreter mit neun Sitz im Gemeinderat. Die Klasse III besteht aus den unanfänger Gemeindevertretern, die mehr als 60 M. direkte Gemeindesteuern entrichten, mit zwei Sitz, und die Klasse IV aus allen übrigen Gemeindevertretern mit vier Sitz im Gemeinderat. Verschiedene Herren war dies Ortsgeley nicht realistisch genug. Sie stellten einen Antrag, ein Schätzklassewahlrecht einzuführen. Man verlangte, daß bei den Anfängern den Handwerkern zwei Vertreter eingeräumt werden sollten und bei den Unanfänger noch man noch eine mittlere Klasse schaffen. Einer der Herren Werksvertreter sprach vom Sturm in der Gemeinde, welcher berauschtes würde, wenn das Ortsgeley in der vorliegenden Form Annahme fände. Von unseren Genossen wurde dem Herren dropt erwidert, daß dieser Sturm nur an einem bestimmten Stammstiel zum Ausdruck käme. Nach langer Debatte, welche mitunter recht heftig war, wurden die Beratungen auf Antrag der Werksvertreter auf eine Woche vertagt, um Gelegenheit zu haben, sich noch einmal eingehend mit der gesamten Vorlage zu beschäftigen und vor allen Dingen eine neu aufgestellte Berechnungsform prüfen zu können. Das Streben des Werksvertreter geht offenbar dahin, den Besitzern, vor allen den Fabrikanten, ein noch größeres Übergewicht in der Gemeinde zu sichern. Sie wissen, daß ihnen dabei die Behörden hilfreiche Hand leisten.

### Die Klasseenteilung einer Amtshauptmannschaft.

Die Leipziger Amtshauptmannschaft, die mit Hilfe der höheren Instanzen den Gemeinden des Bezirks gegen ihren Willen und gegen ihre Interessen eine besondere Ortsklassenteilung aufgezwungen hat, macht, wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, fortgesetzte Versuche, den zum Zwecke der Errichtung der Klasse gegründeten Gemeindeverbund ganz unter ihre Fuchtel zu bekommen und sich über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden hinwegzutun. In einem Ende Mai d. J. veröffentlichten Statutenentwurf war die völlige Auslieferung an die Amtshauptmannschaft und den an reaktionärer Gesinnung nicht zu überstehenden Bezirkssausschuß vorgesehen. Erst nachdem in der Presse auf die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens hingewiesen worden war und nachdem der Entwurf in einer ganzen Reihe von Gemeinden auf starken Widerstand gestoßen war, sah sich die Amtshauptmannschaft veranlaßt, diesen eigenartigen Statutenentwurf zurückzuziehen.

Jetzt ist den Gemeinden ein neuer Entwurf zugegangen. Er verfügt zwar, den geistlichen Bestimmungen Genüge, äußerlich Genüge zu tun, aber in einer Art und Weise, daß das Wohlfahrtsrecht der Gemeinden nicht weniger verletzt wird, als mit dem ersten Entwurf. In dem in Bezug auf den Gemeinden Gesetz vom Jahre 1910 ist den Gemeinden das Recht zugestanden, in den Vorstand und die Verbandsversammlung Vertreter aus der Gemeinde zu entsenden. Dem ist die Amtshauptmannschaft nur scheinbar nachgekommen, aber in einer ganz eigenartlichen Form. Sie will die Vertreter der Gemeinden nicht von den Gemeindevertretern wählen lassen, sondern beruft einfach die unter der Disziplinargewalt stehenden Gemeindevertreter und die Vertreter der Gütekämme zur Verbandsversammlung, die dann wieder aus ihrer Mitte den Vorstand zu wählen hat. Wenn man den Einfluß kennt, den die Amtshauptmannschaft beispielweise in den sogenannten Gemeindevertreter-Konferenzen, die bloße Instruktionssitzungen für die Gemeindevertreter sind, ausübt, wird man un schwer erkennen, daß bei dieser neuen Regelung die Interessen der Gemeinden nicht minder gefährdet sind, als durch den ersten Entwurf.

Mit diesem neuesten Strangulierungsversuch begnügt sich aber die Leipziger Amtshauptmannschaft nicht. In einem Begleitschreiben drohte sie den Gemeinden, daß sie, wenn sie diesen Entwurf nach den Wünschen der Aufsichtsbehörde nicht einschließen, sich gesetzen lassen müssen, daß die Amtshauptmannschaft alle Angelegenheiten des Verbandes allein regelt. Diese Drohung ist völlig deplatziert, schon deswegen, weil dem Verbande im Prinzip bereits zugestimmt und die Aufführung des Statuts Sache der Verbandsversammlung ist. Die Amtshauptmannschaft kann nur Vorschläge machen, aber nicht einfach befreien, denn das würde die geistlichen Bestimmungen unseres Großherzogs funktionslos erscheinen lassen. Die Drohung der Amtshauptmannschaft kann also nur als ein Einschüchterungsversuch betrachtet werden, dem entgegenzutreten die in Frage kommenden Gemeinden alle Kraften haben.

### Zur Krise in der vogtländischen Stikkereiindustrie.

Die Lage der vogtländischen Stikkerei- und Spinnereiindustrie ist trostloser als zuvor, und die Hoffnung auf eine Besserung für die Winterindustrie ist vergebens gewesen. Neue Artikel kommen gar nicht mehr in Frage. Die Fabrikanten sind unzufrieden geworden und die Käufer wissen mit den alten Preisen, für die die Rundschau kein Interesse hat, nichts anzutun. Die unterwegs befindlichen Reihen und Fabrikanten bekommen ebenso wenig neue Aufträge, und fertige Ware wird ihnen selbst bei billigstem Preisangebot nicht abge-

nommen. Immer mehr greift die Empfindung Platz, daß die vogtländische Spinnereiindustrie ihren Höhepunkt überschritten hat. Die auswärtige Konkurrenz ist zu mächtig geworden; der Übersee-Markt hat seine Aufträge beinahe eingestellt, weil er vom eigenen Lande versorgt wird, und die heimische Industrie, namentlich die Arbeiterschaft, geht einer sorgenvollen Zukunft entgegen. Zu spät leider kommt man in den beteiligten Kreisen hinter die Ursachen dieser bedauerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse. In einer vor kurzem stattgefundenen Versammlung des Vereins des Vogtländischen Maschinenbesitzer, z. B. für Plauen und Umgegend wurde in einer Resolution festgestellt, daß die ungeheure Preisdürre durch die Fabrikanten die große Wirtschaft der Garne und Seidenhändler und die gegenseitige unerhörte Preissunterbindung die Hauptschuld an den heutigen Mißständen und der Not der Industrie tragen. Dazu kommt die Lieferung der Stickmaschinen und sonstigen Hilfsapparate auf Pump und Abschaltung durch die Maschinenfabriken, und die Tatfrage, daß diese durch die Lieferungen von Maschinen ins Ausland (Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen) die Konkurrenz für die heimische Industrie großgezogen haben. Eine Erfahrung dieser schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse erblüht endlich auch die Bobbinschiffensteller in einer durchgreifenden Regelung und Besserung der Lohnverhältnisse.

### Es bleibt beim Dreiklassenwahlrecht.

Der Stadtrat von Leipzig gibt offiziell bekannt: Zu den Eingaben, die dem Rat hinsichtlich der Änderung des Stadtoberordnetenwahlrechts vorlagen, hat dieser sich dahin ausgesprochen, daß nach dem Verlaufe der Beratungen im Stadtberordnetenkollegium der Rat zurzeit nicht in der Lage sei, an die Frage einer Änderung des Stadtoberordnetenwahlrechts heranzutreten.

Dazu bemerkt der Leipziger Volkszeitung: Der Standpunkt des Leipziger Rates mag vielen Bürgern unverständlich erscheinen angesichts der Tatfrage, daß 90 Proz. der Leipziger Bürgerschaft mit dem gegenwärtig bestehenden Dreiklassenwahlrecht unzufrieden sind, und daß dadurch ein Zustand geschaffen worden ist, der für die Dauer unerträglich werden muß, da das Vertrauen in die Stadtverwaltung immer mehr und mehr schwanden muß.

Eingeschworene Kreise aber werden durch den Besluß des Rates nicht überzeugt sein, denn die große Mehrheit des aus 32 Räumen bestehenden Ratsskollegiums verhandelt ja ihren Sitz in dieser Körperschaft nur der im Stadtoberordnetenkollegium durch das herrschende Dreiklassenwahlrecht herbeigeführten konservativ-antisemitisch-aldeutsch-nationalen Koalition. Diese Herren würden also den Ast, auf dem sie sitzen, selbst abhängen, wenn sie für eine Änderung des Stadtoberordnetenwahlrechts eintreten würden. Das Ratsskollegium in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung wird nie für eine fortschrittliche Änderung des Stadtoberordnetenwahlrechts zu haben sein, wenn es nicht von der Bürgerschaft energisch dazu gedrängt wird.

Chemnitz. Hier ist eine Bewegung für Veränderung zu erwarten, die in den Dörfern in der Nähe der Stadt eine Anzahl kleinerer Konsumvereine, die zwar leidlich prosperieren, aber doch nicht so wie der weit größere Allgemeine Konsumverein für Chemnitz. Dieser Tage hat der Konsumverein Neukirchen auf seiner Generalversammlung beschlossen, in Liquidation zu treten zu dem Zweck, sich später dem Chemnitzer Konsumverein anzuschließen. Der Neukirchener Verein war insofern in Schwierigkeiten geraten, als er nur eine Dividende von 4 Prozent zahlen konnte, was auf eine zu reichliche Dividendenauszahlung in den letzten Jahren zurückzuführen ist. Eine Liquidationskommission, die auch zwei Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins in Chemnitz angehören, wurde bereits gewählt. Dieser hat sich bereit erklärt, den Neukirchener Verein aufzunehmen.

Auch der Konsumverein Ebersdorf bei Chemnitz befindet sich seit 1. September d. J. in Liquidation. Seit hier der Allgemeine Konsumverein in Chemnitz die Verwaltung übernommen hat, ist der Umsatz wesentlich gestiegen. Sämtliche Mitglieder des Ebersdorfer Vereins haben bereits die Mitgliedschaft beim Allgemeinen Konsumverein in Chemnitz erworben. Da man selber in der Umgegend von Chemnitz mit der Entwicklung der Konsumvereine gute Erfahrungen gemacht hat, dürften diese weitere Anschlüsse zeitigen.

Großenhain. Mit dem gestrigen Tage ist das Institut der Ratsaktivität hier abgeschafft worden. Der Sicherheitsdienst bei Tag und Nacht wird von nun an durch Schaulaute ausgeübt. Es sind demzufolge 9 Schaulaute mehr ange stellt worden.

### Stöde bei Niels.

Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Gräfenhain. Mit dem gestrigen Tage ist das Institut der Ratsaktivität hier abgeschafft worden. Der Sicherheitsdienst bei Tag und Nacht wird von nun an durch Schaulaute ausgeübt. Es sind demzufolge 9 Schaulaute mehr ange stellt worden.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Neue Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 4 Uhr besaß das den Dr. Schramm'schen Gebäude Haus am Möbelberg in Klingenthal vollständig niederr.

Die Bewohner machten zum Teil von der Feuerwehr auf Letztem durch die Fenster gerettet werden. Der Materialschaden ist bedeutend, da nicht gerechnet werden konnte. Auch eine beschädigte Vorrichtung brachte mit ab. Drei Familien haben nicht verloren und sind abgedroschen. Als Ursache des Brandes wird bestimmt Brandstiftung angenommen.

Bei einem nach in die Villa des Möbelbetreibers Herzog in Oelfingen bei Niels verlorenen Auto wurde von nun an durch Schaulaute ausgeübt. Es sind demzufolge 9 Schaulaute mehr ange stellt worden.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stöde bei Niels. Der Gemeinderat beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 300000 M. zu Beschleunigungs-

wiederholung des Stadtoberordnetenwahlrechts.

Stö

## Stadt-Chronik.

## Metzme und Landschaftsbild.

Man schreibt uns: Wie stolz sind jetzt die Dresdner auf ihrem neuen Flugplatz. „Preisend mit viel schönen Reden“ werden alle die Vorzüglich, die diesem Blaue anhaften, hervorgehoben und nicht die geringste Rolle spielt dabei die herliche Lage und das schöne Landschaftsbild. Als die Luftschiffhalle im Bau begriffen war, fragte man sich oft mit Sorge, ob das kolossale Eisengerippe nicht dieses schöne Bild stören würde. Hätte man doch beim Bau der städtischen Alleeanlage ganz besonders auf diesen Umstand geachtet und man war mit Freude über die glückliche Lösung dieser Frage durch Stadtbaurat Erwein erfreut. Nachdem die Halle fertig ist, kann man sich angenehm entwöhnt fühlen. Auch dieser Stolz fört nicht sonderlich, fügt sich vielleicht lediglich in das Bild ein. — Eine neue Sorge entstand, als die Einplantung des riesigen Platzes vorgenommen wurde. Doch auch damit konnte man sich abfinden. Die weiße Plane machte sich ganz nett.

Da tauchten eines schönen Tages Waler auf und pünkteten das schöne weiße Holz „grün“ an. Es sollte aber noch besser kommen! „Reklamesäulen zu vermieten!“ so drangt es in großen Lettern an der Ebene. Und nun beginnt das Unheil erst richtig. Schreien gelb, blau u. weiß werden große Plakate bemalt. Dem Publikum scheint es entgegen: „Funds! Fisch! Kraut-Gierl! Triest Hofbrauhaus, Waldschlösschen!“ und so fort. Bald werden wir befürchtet werden, daß nur die Zigaretten die besten sind, daß wir Hauswaldi-Kafkas trinken müssen und so lustig weiter. Gibt es denn nicht ein Gesetz gegen Verunstaltung der Landschaft? Könnte man nicht den berühmten groben Unfug-Vorparagraphen gegen diese Schnizerie zur Anwendung bringen! Sollte denn nicht eigentlich der Stadtrat darüber wachen, daß ein landschaftlich hervorragend schönes Bild nicht durch solche Maßnahmen gestört wird? Oder findet man an den hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Vororten nichts Schönes? Es scheint, der Schutz der Landschaft gegen Verunstaltung beginnt erst bei dem „Rentnerektor“ Röhrchenbroda.

Man sollte den Stadtrat energisch daran erinnern, daß er als oberste Behörde der „Kunststadt“ Dresden solche Geschmacklosigkeiten nicht fördern darf. (Der Flugplatz ist städtisch! D.R.) Mit Schaubuden denkt jeder, der täglich dieses Bild vor Augen hat, daran, daß man es fertig bringen könnte, die ganze kilometerlange Eintriedung entlang des herrlichen Flusses schreiend rot, blau, gelb, weiß und wie sonst noch zu bestreichen! Noch ist es Zeit, das Schnizzen zu verhindern. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die öffentliche Meinung auf diese Geschmacklosigkeiten, die um ein paar hundert Meter Einnehmung von der Stadtverwaltung in jüngster über gebuhlt werden, aufzuwachen zu machen. —

Diese Kritik ist sicher berechtigt. Man braucht sich nur einmal die Sache vom Cottaer Abwasser anzusehen und man wird das Umschöne und Geschmacklose der Reklameschriften sofort empfinden. Bemerkte sei noch, daß das städtische Hochbauamt mit der Ausführung der Luftschiffhalle absolut nichts zu tun hatte, dabei vielmehr, wie uns bekannt wurde, völlig ausgeschaltet worden ist.

## Achtung, Krankenfassenswahlen!

**Die Ausschukswahlen zur Allgemeinen Ortskassenfasse finden für die Arbeitgeber am 8. und für die Versicherten am 9. Dezember statt.**

## Die Wahlrechtsfrage im Stadtparlament!

In der Sitzung der Stadtvordneten am nächsten Donnerstag den 6. November steht ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung, der dem Rat ersucht:

- eine Vorlage betr. die Änderung des Ortsgesetzes über die Stadtverordnetenwahlen und die Wiedereinführung des bis zum Jahre 1905 geltenden allgemeinen Württwahlrechts herübergezogen,
- im weiteren aber auf dem Wege der Petition an die Städtekammern eine Änderung der neuordneten Städteordnung von 1873 hergestellt zu beschließen, daß 1. für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung die an den Wettig des Reichstagswahlrechts gehörenden Bedingungen unter Zugrundelegung der Verhältniswahl maßgebend sein sollen und 2. der § 40 der neuordneten Städteordnung gänzlich beseitigt wird.

In einem weiteren sozialdemokratischen Antrag, der in der gleichen Sitzung auf der Tagesordnung steht, wird Anspruch vom Rat darüber verlangt, auf weissen Vorstellen der Staatsanwaltschaft die Wohlfahtspolizei-Affären in der Anzeigehaft Dittrich-Franke übermittelt worden sind, und was der Rat zu tun gedenkt, um in Zukunft derartige Denunziationen durch eine städtische Behörde unmöglich zu machen.

Beide Anträge sind von großer Wichtigkeit. Die Wahlrechtsfrage wird im ganzen Lande gegenwärtig aufgeworfen, und wird nicht eher zum Schweigen kommen, als bis die miserablen Wahlsysteme zu den Gemeindewahlversammlungen bestehen. Die Vergeschichte zu der Anfrage wegen Anzeige des Dittrich-Franke bei der Staatsanwaltschaft durch das Wohlfahtspolizeiamt haben wir in der Zeitung am 22. Oktober ausführlich besprochen. Dittrich hat der Wohlfahtspolizei Mitteilung über angeblich unsaubere Manipulationen im Betrieb des Wäldermeisters Franke gemacht, und wurde deshalb, nachdem die Wohlfahtspolizei die Akten der Staatsanwaltschaft übermittelt hatte, wegen falscher Anschuldigung angeklagt, jedoch vor dem Kreisgericht freigesprochen. Der Rat wird nunmehr Gelegenheit haben, sein Verhalten zu rechtfertigen. — Der Wahlrechtsantrag wird vom Genossen Küke und die Anfrage an den Rat vom Genossen Bus begründet. — Die Sitzungen der Stadtvordneten sind öffentlich, es hat also jedermann Bützitz. In der Stadtvordneten-Kammer, Kreuzstraße 8, 2., werden unumgänglich Sitzungen zu den öffentlichen Titularen aufgegeben. Die Sitzung am nächsten Donnerstag (Beginn 7 Uhr) dürfte sich sehr lebhaft und interessant gestalten.

## Die Mission im Postamt.

Neben ein dreitesiges Amtsauf den Geldbeutel der Postbeamten wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung beichtet: Es wird immer besser! Heute am Gebäudezähler 1. November ging in den Büros einer Reichsbehörde, der Ober-Postdirektion, ein Beamter der Kanzlei mit der Mission-Sammelschaffung! Sich ausführlicher ging dieser, so daß sich die aufdringliche Kanzlei sicher gelohnt hat. Gelobt der Bettelgang des Kanzlisten mit Wissen der Behörde, und, wenn nicht, wird sie eine Widerholung des Wagnisses zu verhindern wissen?

## Sarrazini-Theater.

Es gibt ein Gesellschaftsspiel, bei dem die Teilnehmer irgendeinen Satz oder ein Wort versteckt auf ein Blattchen schreiben und bei dem dann diese Sätze und Worte irgendwie zu einer Erzählung verbunden werden müssen. Bei einem solchen geselligen Spatz scheint „Der Mann mit der grünen Maske“ aufzustehen gekommen zu sein, zu dessen Erzeugung sich sechs Teilnehmer — drei Autoren und drei Komponisten — zusammensetzen. Sie nannten den fertigen Spatz einen Sketch. Darunter versteht man jene knappen dramatischen, schriftsämtlichen Säckchen, zu denen die nobellistischen Feuilletons unter dem Titel der Tageszeitungen verarbeitet wurden, als sich die Varietébühnen gespielt haben, mit dem Kino zu konkurrieren. Ein solcher Sketch ist „Der Mann mit der grünen Maske“ nicht. Dieser Spatz hält sich ganz im Rahmen einer Varietépose, die nur belacht, aber nicht kritisch geprüft und feiert sein will. „Der Mann mit der grünen Maske“ ist ein Minstrelsdirektor, der unter dem hypnotischen Einfluß seines Dieners allabendlich im Varieté als geheimnisvoller Gedankenträger auftritt, ohne selbst etwas davon zu wissen. In diesem Sachverhalt weicht die erste Abteilung der Posse den Zuschauer ein, ihn gleichzeitig mit allerhand Liedchen und Situationsphänomen unterhaltend. Die zweite Abteilung folgt im Varieté, in dem „Der Mann mit der grünen Maske“ auftritt, während seine Gattin und ihr Verehrer, die Kommerzjäger im Kleide der Gnädigen und der Arzt des Ministerialdirektors nichtahnend im Bühnerraum sitzen. Während der Varietévorstellung kommt es zu allerhand lustigen Zwischenfällen zwischen diesen Besuchern, die sich zur Katastrophe steigern, als „Der Mann mit der grünen Maske“ von der Bühne in den Bühnerraum steigt, dort seine Gedankenleistung zeigt und dabei seine Gattin erwacht, die entfegt aus dem Theater flieht. In der dritten Abteilung, die nach den tollen Späßen der zweiten hoffnungslos flau ausgefallen ist, hilft der Ministerialdirektor selbst mit den anderen „der Mann mit der grünen Maske“ in seiner Wohnung suchen, da er ja nicht weiß, daß er selbst der geheimnisvolle Mann ist, der Schutz der Landschaft gegen Verunstaltung beginnt erst bei dem „Rentnerektor“ Röhrchenbroda.

Man sollte den Stadtrat energisch daran erinnern, daß er als oberste Behörde der „Kunststadt“ Dresden solche Geschmacklosigkeiten nicht fördern darf. (Der Flugplatz ist städtisch! D.R.) Mit Schaubuden denkt jeder, der täglich dieses Bild vor Augen hat, daran, daß man es fertig bringen könnte, die ganze kilometerlange Eintriedung entlang des herrlichen Flusses schreiend rot, blau, gelb, weiß und wie sonst noch zu bestreichen! Noch ist es Zeit, das Schnizzen zu verhindern. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die öffentliche Meinung auf diese Geschmacklosigkeiten, die um ein paar hundert Meter Einnehmung von der Stadtverwaltung in jüngster über gebuhlt werden, aufzuwachen zu machen. —

Diese Kritik ist sicher berechtigt. Man braucht sich nur einmal die Sache vom Cottaer Abwasser anzusehen und man wird das Umschöne und Geschmacklose der Reklameschriften sofort empfinden. Bemerkte sei noch, daß das städtische Hochbauamt mit der Ausführung der Luftschiffhalle absolut nichts zu tun hatte, dabei vielmehr, wie uns bekannt wurde, völlig ausgeschaltet worden ist.

## Ortsfrankenzasse Dresden.

Der Mitgliederbestand begann sich Ende August auf 143 854, und zwar 80 654 männliche und 63 202 weibliche Versicherer. Anmeldungen erfolgten 21 847 (2921 lediglich für die Invalidenversicherung). Abmeldungen 19 457 (2009), so daß durchschnittlich 1589 Melddungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 7758 zu verzeichnen gewesen, gezählt wurden: Frankengeld an Mitglieder 149 905 M., Familienversicherung (für in Heilanlagen untergebrachte Mitglieder) 5883 M., Wohnerinnerungsunterstützung 9661 M., Sterbegeld 5882 M. In den Genehmigungsheimen der Kasse fanden 182 Pfleglinge in der Dauer bis zu 3 Wochen Verbleib, während 191 Mitglieder nach zusammen 5963 Verpflegungen die Anstalt verließen. Von diesen Genehmigten sind vollständig erwerbstätig 176 und gebessert 15 entlassen worden. Die Zahl derbeitragzahlenden Arbeitgeber betrug am Monatsende 25 542, und zwar 18 836 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11 707 lediglich für die Invalidenversicherung. Die Beiträge für die Krankenversicherung sind 39718 M. und für die Invalidenversicherung 220 028 M. zu vereinnehmen sowie für 210 720 M. Beitragssmartern aufzutragen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die leichtere Versicherung betrug 148 802, und zwar 79 657 männliche und 69 202 weibliche. In 208 Fällen waren Mitglieder wegen Zuvielhandlungen gegen die Vorschriften für erwerbsfähige Kräfte mit Ordnungsstrafen zu belegen und 2 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen zu Geld- bez. Gefängnisstrafen verurteilt.

**Abwandsversteigerungen.** Im Monat Oktober standen im Gerichtsbezirk Dresden 28 Grundstücks-Abwandsversteigerungen gegen 24 im September. Davon entfielen 18 auf das Stadtgebiet und 15 in den Landkreis. Es kamen zur Abwandsversteigerung 14 Wohnhäuser (darunter ein herrenloses) nebst 11 Baustellen bzw. Baugruben, 1 Feldgrundstück, 1 Gutgebäude mit Feld (hier nur die eine, Witbewerber gehörte ideelle Hälfte) und ein Fabrik- und Wohngebäude mit Hof, Garten und Feld. In letzterer Halle wurde der Aufschlag vorläufig ausgesetzt, während bei 3 Wohnhäusern das Verfahren eingestellt wurde; ferner kam ein Wohnhaus aus Zwecke einer Aufhebung der Befreiungsgemeinschaft zur Versteigerung. Der Hypothekenauflauf betrug insgesamt 237 553 M. gegen 470 900 M. im September.

Die Polizei teilt uns mit, daß im Hauptbüro bis jetzt über 42 000 Versicherungsanträge eingegangen sind. Am 29. Oktober erreichte die Zahl der täglich eingehenden Anträge die Höchstziffer 1120. Diese Ziffer beweist, daß beinahe des Neuzaufwandes die Polizei für bald den größten Gesellschaften gleichgestellt sein wird, und das trotz aller gegen die betriebenen gehäusigen Aktionen. Für die Freunde der Polizei im Lande dürfte diese Mitteilung ein neuer Glanzpunkt sein, mit verdoppeltem Eifer und Werk zu geben, damit sie in türkisfarbener Frist allen Versicherungsgesellschaften von der Bahndienstverwaltung nicht entsprochen. Eine neue vom Gesetz vorgeschriebene Wahrurne soll angebracht werden. Dem Verein Jugendhilfe im Blauen Land wurde eine finanzielle Unterstützung verlost, dagegen bewilligte man dem Frauenheim Koblaumühle 2 M. Der Haushaltverein bringt einen Antrag ein, in dem eine bessere Nachtruhe verlangt wird. Der Ortspolizist soll künftig jeden Büchsenbörder zur Anzeige bringen. Die Erfahrung für die Herren Starke und Grang wird nächsten Monat stattfinden. Von unseren Vertretern lagen die Anträge wegen Arbeitslosenfürsorge vor, die Genossen Köhler eingehend begründet und die angenommen wurden. Dagegen stimmten die Herren Krüger und Voßmann. Herr Voßmann führte an, daß von den vielen Arbeitslosen ja „einer“ unzulässig b.los werde, aber im allgemeinen die Soche zu sehr ausgenutzt würde. Herr Krüger fragte

der linke Arm und das rechte Bein abgefahren, außerdem wies der Kopf schwere Verletzungen auf. Der Toten wurde nach dem Autopark Friedhof übergeführt. Allem Anschein nach ist ein Bahnbediensteter. In dem Bettel seiner Mutter fand sich der Name Edwin Roed eingeprägt. Auf die Manschette hat er einen Abschiedsbrief an seine Eltern geschrieben.

**Berichtigung.** Die in Nummer 298 des Dresdner Anzeigers enthaltenen Mitteilungen aus der Gesamtausstellung vom 21. Oktober werden in Punkt 6 dadurch berichtig, daß für den Ausbau der Schwangeren- und Wohnerinnerungsunterstützung ein Vereidigungsgeld von jährlich 28 500 M. (nicht 30 000 M.) befüllt worden ist. — Auch wir hatten die Mitteilung aus dem Anzeiger übernommen.

## Gewerbericht.

Für die Firma Karl Schlimbach hatten die Hasselmanns Krause und Genossen Arbeitsergebnisse übernommen, und zwar unter einem Vertrag der Firma Schlimbach gegenüber nicht endhalten konnte.

Die Firma Schlimbach übernahm nur selbst die Ausführung und in den älteren Unternehmern abgeschlossen war. Gegen Schluss kam es zu Differenzen über die Bohnberechnung, die einen Kläger verlangte alles als „Sums“ berechnet, während die Bohnlage nur einen Teil davon, andere aber als Höhe berechnet. Ein Sachverständiger ist der Unterkiel als „Bonds“ zu beobachten ist. Das ist jedoch nicht vereinbart gewesen. Das Gericht hält einen Sachverständigen an, der den Befragten anmerkt, daß er den Betrag einzahlt auf insgesamt 100 M. für gerechtfertigt.

Zwischen dem Firma Schlimbach und dem Bohnberechnung, die zu einer Klage wegen 8,11 M. Bohnrest verlor. Der Kläger verlangt Bezahlung nach Tarif, der Bohnlage erkennt auch den Tarif an. Nur über die Anwendung der engen Positionen und über den Anfang der geleisteten Arbeiten geben die Meinungen auseinander. In Höhe von 2,88 M. konnte die Forderung des Klägers berechnet werden, während die restliche Bohnförderung noch fällig ist. (Vorsteher: Baumeister Adolf und Töpfermeister Hans. Arbeitgeber: Maurer Schneider und Töpfer Große.)

Der Arbeitgeber Adolf hat für den Steinmetzmeister Schwabt auswärts mit anderen gearbeitet und verlangt von ihm noch 11,88 M. Bohn. Der Bohnlage verlangt, er habe den Bohn von bezahlt, und zwar an den Vorarbeiter Koch, seinen Bevollmächtigten. Dieser bestätigt das auch, er macht aber geltend, er habe den Bohn von dem Seile des Bohns des Klägers bezahlt, für das er gutgelegt hätte. Als die Arbeit beendet waren, wäre es Pflicht des Klägers gewesen, vor der Abreise keine Wirtschaft zu befreiden. Da der Kläger keine Anhalte hierzu macht, heißtt er sich verpflichtet gefühlt, dies zu tun. Der Kläger erkennt wohl an, daß er dem Bohnleuten jenen Betrag schuldet, er ist aber mit der Bezahlung durch Koch nicht einverstanden. Das Gericht gibt ihm formal recht Koch bei der Beauftragung des Bohnlage. Wenn Koch mit dem Seile eine Schuld des Klägers bezahlt, so haftet hierfür der Bohnlage. Dies wäre somit rechtlich verpflichtet, den Bohn noch einmal an den Kläger zu zahlen. Moralisch wäre es jedoch wünschenswert, wenn der Kläger auf den Bohn verzichtete, da er die Schuld ja doch bezahlen möchte. Der Kläger zieht demnach seine Klage zurück. (Vorsteher: Gewerberichter Dr. Höfner. Unternehmer: Baumeister Adolf und Töpfermeister Hans. Arbeitgeber: Maurer Schneider und Töpfer Große.)

## Aus der Umgebung.

**Dresden.** Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, findet Dorfstraße 3 öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt.

**Lößnitz.** Die neue Parentationshalle mit Friedhofsgelände ist nunmehr ihrer Benutzung übergeben worden. Der Kostenaufwand beträgt circa 19 000 M. Der zum Zwecke der Herrichtung der Friedhofslithra (Plastierung) gegründete Wegeverband hat einen Saupungsentwurf eingegeben. Der Gemeinderat beschloß, ihn wegen nötiger Rendierung der Amtshauptmannschaft zur weiteren Entwickelung einzureichen. Zur Erstwahl des verstorbenen Genossen Schreiter, den man der Klasse der Angestellten des im Januar d. J. erst gerechtsamten Berufswahlrechts in „wohlmeiller“ Weise zugeteilt hatte, war man der Meinung, diese Stelle bis zur ordentlichen Ergänzungswahl 1914 unbesetzt zu lassen. Beischlossen wurde jedoch, bei der Amtshauptmannschaft anzufragen, die entgegen diesem Willen auf Grund des Bandgemeindeordnung es für notwendig hält, die Wahl dieses Zahls zu vereinnehmen. Unsre Vertreter, von Anfang an gegen diese Art Wahlrechtsmacherei, wiesen ganz bestens auf die Unbrauchbarkeit eines solchen Wahlsystems hin. Wenn schon hier Neuwahl stattfinden müsse, dann erst recht auch bei der Klasse der unangefessenen Handwerker und Gewerbetreibenden, von denen ein Vertreter inzwischen ansässig geworden ist. Es widerspreche eben dem vielgeprägten „Gerechtigkeitsempfinden“, durch diese Zusammensetzung des Gemeinderats allen Wählern Rechnung tragen zu wollen. Sonnabend den 29. November werden sich demnach die 84 Wähler dieser Klasse in Blennmanns Restaurant zusammenfinden und einen Herrn aus ihrer Mitte, jedenfalls einen Deutschen der Firma Krüger, in den Gemeinderat schicken. Ob angesichts der bestehenden Verhältnisse Beämte dieser Firma Brotherrn gegenüber ihre Meinung frei und ungehindert zum Ausdruck bringen können, um wirtschaftlich nicht Gefahr zu laufen, bleibt sehr stark zu begreifen.

**Donnerstag den 6. November außerordentliche Gruppenversammlung im Wilhelms Restaurant. Wichtige Befreiung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.**

**Riederhemsdorf.** (Gemeinderatsbericht.) Bisher wurde bekanntgegeben, daß der neue Wasserleitungsbau dem Baumeister Funk in Tharandt für 8856,75 M. übertragen worden ist und bis Ende Dezember fertiggestellt sein soll. Von den beschleunigten Blauen Kosten—Wochenschau wird in Zukunft nur einer, und zwar vormittags 9,57 Uhr, in Riederhemsdorf halten. Im übrigen wurde der eingereichten Petition von der Bahndienstverwaltung nicht entsprochen. Eine neue vom Gesetz vorgeschriebene Wahrurne soll angebracht werden. Dem Verein Jugendhilfe im Blauen Land wurde eine finanzielle Unterstützung verlost, dagegen bewilligte man dem Frauenheim Koblaumühle 2 M. Der Haushaltverein bringt einen Antrag ein, in dem eine bessere Nachtruhe verlangt wird. Der Ortspolizist soll künftig jeden Büchsenbörder zur Anzeige bringen. Die Erfahrung für die Herren Starke und Grang wird nächsten Monat stattfinden. Von unseren Vertretern lagen die Anträge wegen Arbeitslosenfürsorge vor, die Genossen Köhler eingehend begründet und die angenommen wurden. Dagegen stimmten die Herren Krüger und Voßmann. Herr Voßmann führte an, daß von den vielen Arbeitslosen ja „einer“ unzulässig b.los werde, aber im allgemeinen die Soche zu sehr ausgenutzt würde. Herr Krüger fragte

berdem wies  
wurde noch  
ein noch ih  
sich fand sich  
scheite hat  
.

Dresdner  
Kunstausstellung  
igt, das für  
fürsorge ein  
000 R.) be  
teiligung aus

hoffenburger  
unter einem  
dauer seines  
alten konnte.  
föhrung und  
hoffenburger  
einen Schlag  
eitung, die  
durch die  
derzeitig die  
hoch zu dem  
Das ist  
eine Aufschl  
gescheitert.

ng kam es  
übernehmen  
ber. Der  
erkennt auch  
einen Tarif  
gehen der  
Förderung  
sicherung  
Dr. Höfner  
er Domäne.

Schwandi  
11.88 M.  
zahlt, und  
Dieser be  
Gelde das  
folgt hätte.  
älziger ge  
1. Da der  
ist gefüllt.  
Wirtsc  
lung durch  
recht noch  
Gelde eine  
Dieser be  
den Kläger  
wenn der  
s bezahlen  
d. Vor  
Brücke:  
-Beißiger:

5. Anbet  
Ratt.

triebsho  
den. Der  
wede der  
gegründete  
en. Der  
ungen der  
reichen.

den man  
gurecht  
fieder zu  
bis zur  
en. De  
ft angua  
r Land  
es Jahr  
diese  
die Un  
hion hier  
er Klasse  
nen, von  
ift. Es  
tigfeit  
nderat  
end den  
er Klasse  
in Herrn  
Rüger,  
ebenden  
gegen  
Ausdruck  
laufen.

ruppen  
g. Das  
jundöfft  
zu dem  
etrogen  
ll. Von  
in Ju  
Rieder  
a Peti  
e neue  
berden.  
e eine  
n dem  
bringt  
erlangt  
er An  
e und  
er, die  
einen  
mann.  
jen ja  
neinen  
fragte

Burg. (Gemeinderatsbericht.) Zur Wahl eines Vertreters und Stellvertreters in den Gemeindeverband für 1914–15 wurden die bisherigen Herren Dr. Böttger, Burg., und Gemeinderatsvorsitzender Künig, Birkigt, gewählt. Die Mitgliedsschaft bei der Auskunftsstelle für Unterhaltungswohnungsbauern in Firma soll Ende dieses Jahres gefündet werden. Für die Leitung der Überlandstraßen des Dippoldiswalder Tageblattes soll eine Entschädigung von 2 M. bis auf weiteres gefordert werden. Dem Bau eines Wohnhauses an der Rückseite des Gemeindeamts wurde zugestimmt. Die Anträge unserer Genossen über Arbeitslosenversicherung wurden die Punkte a, b, c, d einstimmig angenommen, zu e wurde der Gemeinderatsvorsitzende beauftragt, bei den Firmen des Hochbaubehälters und der Rohrleitung davor zu ziehen, einheitliche Arbeitslose gegen tarifmäßige Löhne in erster Linie zu beschäftigen. Punkt f wurde gegen die vier Stimmen unserer Genossen abgelehnt (Genossen Hammermüller zollte). Ein eigenständlicher Standpunkt über die Arbeitslosenversicherung nahm Herr Bergdirektor Schenk ein. Erst war ihm die Begründung zu wenig, dann war es wieder ein „Ammann zur Agitation für die Sozialdemokratie“, wobei die bekannten Schlagwörter, daß die Arbeiter alles verlusten und nichts vorwerfen wollten, nicht fehlten. Er wurde aber von unseren Genossen eines Besonders belehrt, so daß er schließlich unsere Anträge zur einstimmigen Annahme empfahl.

Weißig bei Teublitz (Gemeinderatsbericht.) Zunächst nahm man Kenntnis von einer Verfügung der Amtshauptmannschaft über Nahrungsmittelkontrolle. Der Gemeinderat hielt in der Sitzung am 9. August, die Kontrolle dem Nachfolger des Herrn Dr. Hefelmann zu übertragen; jetzt hat man die Behörde genanntem Herrn verboten, die Kontrolle auszuführen, deshalb übertrug man sie der Zentralstelle für Nahrungsmittelkontrolle. In Beiträgen zum Verband für Erwerbsförgerorge entfallen auf Weißig Gemeinde 14,53 M. Heller lag ein Gefuch des Fördervereins im Plauenischen Grund vor. Hierüber entpann sich eine lebhafte Debatte, die von den Bürgerlichen geführt wurde mit der Motivierung, daß man dazu sein Geld hätte. Von unsren Vertretern wurden die Herren aber darauf aufmerksam gemacht, daß man seinerseits für ein Freibett in Saalhausen über 100 M. bewilligte und hier nicht einmal lumpige 5 M. für einen so möglichen Zweck übrig habe. — Schließlich wurde gegen eine Stimme abgestimmt, bis auf Wiederauf jährlich 5 M. Beitrag zu leisten. Unsere Vertreter stimmten nur unter der Bedingung dafür, daß nationale und religiöse Dinge ausgeschlossen sind. Weiter wurde noch beschlossen, den durch das unter Dorf führenden Autoweg auszutunen, falls die Anlieger damit einverstanden sind. Hierauf geheime Sitzung, in der Wernsdorfer erledigt wurden. — Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Besuch der öffentlichen Sitzungen schlecht ist. Wenn nicht einmal die Parteidienststellen es für notwendig halten, einzugehen, so ist das eine große Interessensfeindlichkeit, die sie der Sache gegenüber befinden. Hoffen wir, daß es in Zukunft besser wird und die Sitzungen fleißiger besucht werden.

Dorfheim. Zu der Entgegnung der Firma Ellinger u. Seigler wird uns geschrieben: Die Firma besteht seit 1905 in Leibnitz, zuvor hat sie sich in Thonendorf aus kleinem Anfang entwickelt. Seit dem Bestehen in Dorfheim sind 5 Jahre verstrichen und 13 leichtere Unfälle nachzuweisen, durch die die Verletzten arbeitsfähig waren, ohne diejenigen, wo eine Arbeitsbeendigung nicht stattfand. Nachdem der Arbeiter Vogel verletzt war, wurde eine Schutzausrüstung angebracht, zuvor war diese daran. Vogel arbeitete als Anfänger in Rohr. Für die an der in Frage kommenden Maschine herzustellenden Teile wurden 30 Pf. pro 1000 Stück bezahlt, der Preis jedoch auf 27 Pf. herabgesetzt, nach dem verdeckte sich ein anderer Scheiter den Mittelfinger. (Den Zeigefinger hatte er schon vorher im selben Betriebe verloren.) Nach diesem Unfall wurde der Preis wieder erhöht. Was die Löhne anbetrifft, so hat jetzt jede Fabrik einige Arbeiter, mit deren Löhne sie keine machen kann. Auch die Firma E. u. G. hat einige Leute, die bis 20 M. und darüber verdienen, aber der größte Teil hat einen Verdienst zwischen 12 und 20 M., bis höchstens einige 20 M., und das sind fast nur Akkordlöhne bei zehn Stunden Arbeitzeit. Auch wird sehr viel mit Überstunden ohne Aufschlag gearbeitet. Die Arbeiterinnen verdienen nur ausnahmsweise 18–19 M. Und da nehmen die Arbeiterinnen möglichst viel Arbeit mit nach Hause, dort helfen die Angestellten bis spät abends, so kommen wohl mitunter höchstens 80 bis 100 Stunden in Frage. An der Maschine, wo die schweren Verletzungen vorkommen, verdiente ein eingestellter Arbeiter nicht 53–63 Pf. pro Stunde, sondern pro Woche 17–23 M. Der Vorwurf, daß die Mitgliederversammlung bevoigt werden, ist berechtigt und auch erforderlich, da der ganze Gesamtvorstand dort beschäftigt ist. Als fürstlich ein Arbeiter eingestellt wurde, wurde er zum Weißiger gerufen und gefragt, ob er dem Arbeiterturnverein angehören. Als er mit nein antwortete, wurde ihm gesagt, daß er andernfalls seine Arbeit verlieren würde. Dieselbe Frage wurde dann von einer anderen Aussichtsperson gestellt mit dem Bemerkung: „Herr Geißler will es so.“

Chriesberg. (Gemeinderatsförmung.) Der Gemeinderat beschloß eine Krankenstubeinrichtung, bestehend aus zwei Wetteln neben Unterkünften, anzuschaffen, und bewilligte die hierzu erforderlichen Mittel sowie auch die zur Herstellung eines Raumes am Gemeindegrundstück und zu notwendigen Straßenausbesserungen. Die im neuen Gemeindehaus verfügbaren Wohnungen sollen zum Preise von 150 und 120 M. vermietet werden. Der Arbeitslosenfürsorge-Antrag unserer Genossen wurde nach längeren Debatten von a bis d einstimmig angenommen. Über e wird man sich schließlich werden, sobald derartige Verhältnisse für unsere Gemeinde in Frage kommen. Ein Gefuch des Frauenbeirms Tobisbühne um eine Gehilfe mußte abgelehnt werden, auch die Beitragsleistung zum Samariterverein in Dippoldiswalde einzustellen wird beschlossen, da dieser Verein über den Verwendungszweck keine Auskunft gibt. Unter Mitteilungen wird bekanntgegeben, daß eine Petition der Stadt Dippoldiswalde um Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Lipsdorf–Altenberg, der auch unser Gemeinderat stimmt, an die Staatsregierung gerichtet worden ist.

Dippoldiswalde. Das Königliche Bezirkskommando in Pirna hat seit vielen Jahren hier ein Meldeamt. Vorige Woche hat das Meldeamt Bekanntmachungen erlassen, wo und wann im Bezirk die Kontrollveranstaltungen stattfinden sollen. Ganz unten steht: Dippoldiswalder Tageblatt. Diese Befreiungen werden in den Gastwirtschaften ausgehängt. Der

Besitzer des Amtsblattes liest die Bekanntmachung und geht zum Bürgermeister, macht ihn aufmerksam, daß diese Bekanntmachungen nicht dem § 6 des Preßgesetzes entsprechen, indem die Angabe des Drudortes darauf fehlt. Darauf schickt der Bürgermeister einen Schuhmann herum und lädt die Zeitung des Meldeamtes wegnehmen. Das erfahren der siegreiche Vertreter des Dippoldiswalder Tageblattes. Der geht aufs Rathaus und erläutert dem Schuhmann, daß er auf Anweisung des Chefs die Bekanntmachungen entfernen müßten. Der Herr geht nun zum Bürgermeister und hört von diesem, daß die Zeitung dem Preßgesetz nicht entsprechen, insgesamt ungültig seien und ev. Bestrafung nach sich ziehen könnten. Der Vertreter mußte nun den Herrn Bürgermeister belehren, daß es im Preßgesetz auch einen § 12 gibt, nach dem derartige Druckarbeiten überhaupt keine Unterstrafen brauchten, daß es sich hier um Bekanntmachungen des Meldeamtes handelt, die auch diesen Stempel tragen. Der Bürgermeister ließ darauf die Zeitung wieder austragen, und damit die Sache nicht ganz unsonst war, erst noch den Stadtsiegel draufdrücken. Nun prangt neben dem Stempel des Meldeamtes auch der Stadtstempel. —

Ein nicht gerade anständiges Benehmen unserer Flugblattverleiter gegenüber zeigte am Sonntag der Wirt vom Ratzenkeller. Als er ein Flugblatt überreicht bekam, zerrte er es in Gegenwart von Gästen und unserem Genossen. Es hätte dem Herrn wirklich nichts gehabt, wenn er es erst gelesen hätte. Jedenfalls könnte er, was Unstand und Laft politischen Gegnern gegenüber betrifft, von den Arbeitern viel lernen.

## Gerichtszeitung.

### Schöffengericht.

#### Der betrogene Eisenbahnmäst.

Der Kaufmann Otto Karl Rotwold bezog von der chemischen Fabrik v. Heyden in Radebeul große Mengen Salpeter- und Schwefelsäure. Die durch die Eisenbahn beförderten Sendungen bestanden gewöhnlich einzeln aus beiden Sortenarten zugleich. Rotwold ließ aber die Sendungen nur als Schwefelsäure deklariert und schied die Brachtfässer aus, die auf die Abfertigung, wobei er seine Firma gleichzeitig als Empfänger und Absenderin signierten ließ. Er soll sich dadurch Vorteile gesichert haben, daß er die erhielten Brachtfässer für Salpetersäure sprate, weil Schwefelsäure niedriger ist. Als Salpetersäure taxiert. Er bestreitet es. Allerdings hätte er die Salpetersäure der Einschaffung halber mit als Schwefelsäure deklariert, doch er hätte keine Kenntnis davon gehabt, daß dadurch der Eisenbahnmäst geschädigt wurde. Um die Taxe habe er sich nie gekümmert, sondern das seinen Angestellten überlassen. Als Beleidigungswegen traten drei seiner früheren Angestellten gegen ihn auf. Sie wußten nämlich, daß Schwefelsäure niedriger taxiert als Salpetersäure. Sie haben die falschen Deflationen vorgenommen, weil der Angeklagte ihnen hierzu keinen Auftrag erteilt. Doch dieser die Taxe gekommen habe, steht außer allem Zweifel denn er arbeite seit 15 Jahren in der Branche. Außerdem hat er einem der Angestellten gegenüber ausdrücklich gesagt, daß er durch die Declaration spreche. Der es genau vernommene Vertreter der Firma v. Heyden behauptet, daß der Angeklagte anfangs das Einkommen der falschen Declaration an ihr gehabt habe, die Firma habe das aber abgelehnt und es ihm überlassen, die Brachtfässer selbst auszufüllen und die restlichen Sendungen zu deklarieren, auch seine eigene Firma als Abfertiger zu vernehmen. (1) Rotwold habe dann auch so gehandhabt und seine — des Zeugen — Firma hätte nichts dagegen eingewendet, da ihr das ja „nichts angeht“. (1) St. mußte gewußt haben, daß beide Güter verschlechterdet kartierten. Ein anderes Mal als er Brachten zu sparen, ohne die Wiederaufstellung nicht haben. Das Gericht schied nicht der Ansicht zu sein, daß der Firma v. Heyden und den drei Angestellten die Monopolabschlüsse des Angeklagten „nichts angeht“, denn es ließ die Zeugen unterreden, daß nach ihren Angaben als Brachtfässer des Angeklagten in Frage kommen. Die Sache fasse also unter Umständen für die Zeugen noch böse Folgen haben. Im übrigen hält das Gericht die Anklagungen des fortgesetzten Vertrags in sechs Fällen (44 M.) für überflüssig und verurteilt ihn zu 100 M. Strafe.

### Vertrags-Verhalten

brachte die Arbeitnehmer Milde Helene Michel und Minna Emma Heißig wegen Kundunterschlagung beim Schleifer auf die Anklagebank. Sie beiden Mädchen befanden sich auf dem Soße der Reichsstraße zum Tanz. Die M. stand unter dem Eindruck eines älteren Geldabzugs mit 6 M. Anzahl. Ein Herr reichte ihr zu, das Geldstückchen mit dem kleinen Bruchstück nicht zu kaufen. Die Arbeitnehmerin brachte dem Brachtfässer nichts an, was sie „nichts angeht“. Angenommen um 100 Minuten gingen sie schließlich daran, eine Brachtfässer aufzurichten und das Brachtfässer aufzurichten. Danach gab sie ihrer Freundein 3 M. mit der Bemerkung: „Damit du weißt daß wir vorlemoniale morgen abgeben.“ Bald danach wurde das Portemonnaie von ihr verlangt. Angeblich war ihr die Geschichte von fatal und daß es bald bestreitet sei zunächst den Witz des Geldabzugs. Ein Mensch legitimiert sich ihr gegenüber nun als Kriminalbeamter und diesem handelt sie das Portemonnaie aus. Die Angeklagten bestreiten die Auslegungsfähigkeit. Das Gericht hält ihre Schuld aber für erwiesen und verurteilt sie wegen gemeinschaftlicher Unterstüzung zu 30 M. bzw. 10 M. Strafe.

### Der Freudenrausch.

Die zur Pleite entlassenen Paul Kurt Meierstein, Gustav Möhl und Franz Rudolf Jenisch kamen in feindseligster Stimmung die Amtszeit entlang und toteten herüber und hinunter. Sie deßtigten darum die Polizisten, die auf die Bahnhofstrasse treten mußten, wenn sie nicht angerempelt werden wollten. Die Polizisten beschwerten sich darüber bei einem Schuhmann. Dieser brachte Meierstein, den er für den Unfährer der anderen hielt, auf die Wache. Meierstein teilte „Widerstand“. Man soll den Versuch gemacht haben, seinem Komrade, den dem Schuhmann loszugehen. Der Schuhmann rief einen Feuerwehrmann zur Unterstüzung herbei und diesem soll May gleichfalls Widerstand gezeigt haben. Die Angeklagten wollen stattdessen getrennt gehen. Der Schuhmann war aber entschlossen, nicht zu trennen. Er legte sich auf den Wagen und machte den Schuhmann und diesem handelt sie das Portemonnaie aus. Die Angeklagten bestreiten die Auslegungsfähigkeit. Das Gericht hält ihre Schuld aber für erwiesen und verurteilt sie wegen gemeinschaftlicher Unterstüzung zu 30 M. bzw. 10 M. Strafe.

### Militärgericht.

Der 28 Jahre alte Unteroffizier d. R. I. Treiber aus dem Sandwehrbezirk I Dresden war im September wegen Diebstahl vom höheren Schöffengericht zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Anklagte an dem abgerichtlichen Urteil wurde gegen T. das Nachtragsverfahren eingestellt. Obgleich das Gericht selbst der Meinung war, daß der Widerstand nicht belegt wurde, mußte er insoweit freigesprochen werden. Das Urteil lautete gegen Treiber auf 3 Wochen Gefängnis und 3 Tage Haft, gegen May auf 1 Woche Gefängnis und 2 Tage Haft, gegen Jenisch auf 10 M. Strafe.

### Gewerkschaftliche Arbeitersbewegung.

#### Die Stettiner Streiklist.

arbeitet ähnlich wie die in Rheinland-Westfalen seinerzeit, überaus fit. Unter dem Signum „Gilt, Streikliste“ werden die Anklagen wegen Arbeitswilligenbefreiung befriedigt. Am 30. Oktober standen zwei Arbeitnehmer vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen Hausfriedensbruchs, begangen dadurch,

dass sie versucht haben sollen, in den Freiberg einzudringen, zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Zwei auswärtige Matrosen hatten abgemeldet. Sie baten die beiden Arbeiter, von denen der eine ein Streifender ist, daß sie ihnen behilflich sein sollen, ihr Gespräch vom Schiff zu holen. Der Streifender suchte die Erlaubnis zum Betreten des Hafens bei einem Polizeiwachtmeister nach. Diese wurde erteilt. Nachdem sie nun einige Schritte weit gegangen waren, wurde ihnen das Betreten des Freibergs verboten. Darauf entfernten sie sich sofort. Zugleich sollen sie Hausfriedensbruch begangen haben. Im Termin erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft und auch der Gerichtsvorsteher, daß der Streifender höher bestraft werden müsse als der andere Arbeiter. Dementsprechend verurteilte das Gericht den streifenden Hafenarbeiter zu 10 M., den anderen Arbeiter zu 3 M. Geldstrafe. Von Rechts wegen!

#### Die Krupp'schen Gelben.

Wer bei Krupp eintritt, erhält ein Blattlular zugestellt, in dem es u. a. heißt:

Nachdem Sie in Krupp'sche Dienste getreten sind, möchten wir nicht unterlassen, Sie auf unsern Verein aufmerksam zu machen. Falls Sie eine nationale Gesinnung haben und nicht der einer noch der veralteten Streitmethode arbeitenden Gewerkschaft organisiert sind, haben wir Sie freundlich ein, dem Beispiel tausender Arbeitskollegen zu folgen und ebenso in unserem Verein beizutreten.

Unser Verein hat mehr Krupp'sche Arbeiter in sich vereinigt, als alle Streitgewerkschaften zusammen. Die Krupp'schen Arbeiter haben eben erkannt, daß ihre Zugehörigkeit zu einer Streitgewerkschaft völlig zwecklos sein und nur viel Geld kosten würde. Die Streitgewerkschaften haben bei der Firma Krupp noch nie etwas erreicht und das wird auch in Zukunft so bleiben.

#### Ein allgemeines Gewerkschaftsangebot im Portugal.

er. Wie die sozialistische Tagessorga von Lissabon Socialista mitteilte, soll vom 30. Januar bis zum 8. Februar in Thomar ein allgemeiner Kongress der portugiesischen Gewerkschaften stattfinden. Die Initiative dazu ist von dem Sekretariat der Lissaboner Federation ausgegangen, nachdem schon am 25. Juni d. J. in Porto eine Konferenz von Gewerkschaftsdelegierten stattgefunden hat, die sich mit der Lage der portugiesischen Arbeitersbewegung beschäftigte und im Prinzip die Einberufung eines allgemeinen Kongresses beschloß. Auf Grund der Ergebnisse einer von der Lissaboner Federation veranlaßten Rundfrage sollen die Organisationen aller Tendenzen, also nicht nur die sozialistisch-reformistischen, sondern auch die anarchistisch-revolutionären, eingeladen werden, damit der Versuch einer Einigung gemacht werden kann, die im Interesse der Orientierung der Gewerkschaftsbewegung in Portugal jedenfalls sehr nützlich wäre. Jedoch zeigt selbst die Einberufung des allgemeinen Kongresses, das auch keine Resultate sein werden, da unter der Republik in die gesamte portugiesische Arbeitersbewegung kommt.

#### Streit der holländischen Hafenelektriker.

In Holland ist wegen Lohnunterschieden ein großer Streit unter der Belegschaft der Hafenelektrizitätsparkette ausgebrochen. Es liegen 160 Dampfer in den Häfen, ohne daß sie auf den Hafen ausgeben können. Noch etwa 20 Dampfer sind auf der See; wenn die vereinigten, erhöht sich die Zahl der stillliegenden Hafenelektrizitätsparkette auf 80. Das ist fast die ganze holländische Seefahrtseinfahrt. Daraus ergibt sich eine große Radfrage nach Schiffen aus den deutschen Hafenelektrizitäten, was voraussichtlich ein Steigen der Seefahrtspreise zur Folge haben wird.

## Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 8 November 1913 in Dresden.

Schlachtvieh- artung und Zufuhr	Sorten	Preis pro 50 kg Schaf-   Schaf- Gewicht	Sorten	
			50 kg Schaf-   Schaf- Gewicht	50 kg Schaf-   Schaf- Gewicht
I. Schafe	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schafswerte bis zu 10 Jahren	50–82	85–97	50–82
A. Schafe	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete . . . . .	45–47	87–89	45–47</td





#### **Fortsetzung des Praktischen Wagenaus**

# **Laferme-Kenner-Vielliebchen-Cigaretten.**

Fortsetzung siehe nächste Seite



Dienstag den 4. November 1913

Dresdner Volkszeitung

Seite 12

11. Quittung. Für die Wärmeabreise gingen beim Gewerkschafts-  
kassen bis 3. November ein: Turnverein Klein-Rummendorf, Tanztour,  
Gold- und Metallschläger 8,00. Wohltätigkeits-Neugierige, Claus  
Schmiedeberg, 1,50. 6. Bundescher Tanztour, 8,00. 5. Stehkranken-  
Stechamüller 1.— Zigarettenindustrie und Tabaksortiererinnen zu Delitz-  
sch 23.— Amtsblattsgesellschaft Hugo, Obergorbitz 5,00. 2. Bundescher  
Geburtsstagsfeier Sonne, 5,50. Tanztour des Schleifklubs "Zell",  
Rabenau, 3,50. Arbeiter der Noblenbergs-Gewerbegeellschaft 1.—  
10. Bezirk, Tanztour 1881 mit durch 2. & 10.— Gelang-Verein  
Leubnitz - Laubegast - Sebnitz durch Ettling 4,25. Ingemann 2.—  
Tanztour, Stiftungsfest der Pfarrsternammer, 12,50. Sozialdemokrat-  
Verein, Vets. Pieschen-Friedenberger, Tanzabend Stadt Leipzig 20.—

Gimbod-Ensemble 1,50. R.-R.-B. Solidarität, Ortsgruppe Reichenberg  
bei Dresden, Tanztour 5,00. Turnverein Weißbautz und Wilnsdorf,  
Tanzabend, 8,00. D. Berg. Str. Sitzungsbelder, 2,50. Tanztour,  
Stiftungsfest der Gläser, 8,10. Spülzettel vom Verband d. Tischler  
3.— Tanztour, Radfahrerclub Vogelzug, 2,00. Fröderi Sachsenwerk  
0,50. Schaltkopf Stadt Dresden, Riebelndly, Amideben, 1,50. Durch  
Wenke von Rü. 1.— Schreiber 8,— Schreiter der Fa. Geiler u.  
Kollotz, Deuben, 8,50. Verband d. Glasarbeiter, Deuben-Döhlen,  
4,50. R.-R.-B. Solidarität, Gruppe Langenbrück, Tanztour 3,10. Durch  
Vogt von Leipzig 1.— Hols 1.— Döring 1.— Frau Holz 1.—  
Weißhose — zusammen 4,50. G. R. Siegler, —, 50.  
Summa 169,84 M.

Ernst Binienda.

Tymians Thalia Theater!  
Görlitzer Str. 6  
Tel. 14880 [AB9] Linien 6 u. 7  
Ant. 8 Uhr 30 Saat. 3 Vorstell.  
Sonntags 11 Uhr Fleder Mausheppen m. Verschling. 15, 25 u. 35 Pl.  
Nachm. 4 Uhr kl. Preisse. Kind Hälfte. Donnerst. Damenkaffee!  
Vorstellungskarten Wochenende u. Sonntags nachm. gültig.

Jedes Angebot  
ein Schläger!

# HERRNFELD

## Dresden am Altmarkt

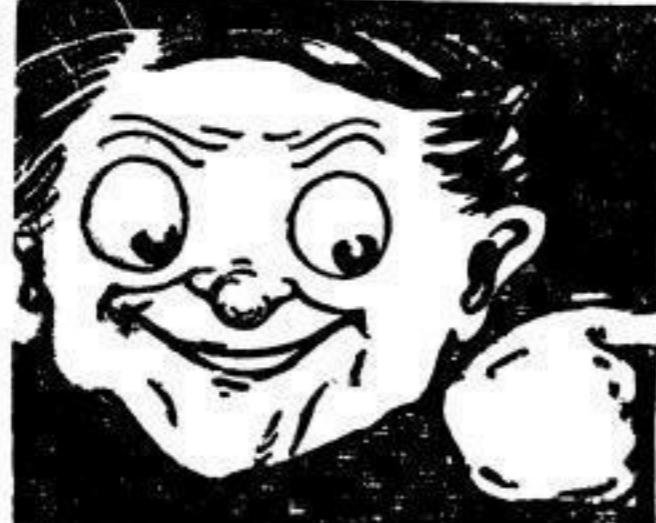
Unser Neubau wird  
am 15 Nov. eröffnet

Telefon 1707 Telefon 2501  
Telegramm-Adresse:  
Wertheim-Herrfeld-Dresden

Nur noch kurze Zeit!

Unsere berühmten

Nur noch kurze Zeit!



95<sup>81</sup>  
TAGE



bieten in allen Abteilungen eine Fülle

## •Unvergleichl. billig. Sensations-Angebote

Ein Besuch unseres Hauses daher immer lohnend

### Bekanntmachung.

Bei der am 31. Oktober stattfindenden Vertreterwahl für die  
Vertreterkasse zum Ausschüsse für die Allgemeine Ortsstrafenkasse für  
Frohsdorf, Elsterwerda und Umgegend sind auf die Vorstellungsliste I  
(vereinigte evang.-nationale Arbeitervereine) 567, auf die Vorstellungsliste II  
(Gewerkschaftsliste) 1848 gültige Stimmen abgegeben worden.  
Die Nr. der Vertreterzahl 40 beträgt, sind jedoch

12 Vertreter und 24 Erstgutmänner auf Liste I  
23 Vertreter und 58 Erstgutmänner auf Liste II  
entfallen. Gewählt gelten

von Liste I die unter Nr. 1-80

von Liste II die unter Nr. 1-84

ausgewählten Personen als Vertreter beziehentlich als Erstgutmänner.  
Das Verzeichnis der Gewählten liegt bei der unterzeichneten  
Liste aus.

Frohsdorf, am 8. November 1913.

Der Vorstand

der Allgem. Ortsstrafenkasse für Frohsdorf u. Radibororte  
Wolfsberg, Wittenberg.

[L 1285]

### Die Botano-Trinkkur

Das einzigartige Mittel (Deutsch. Reichs-)

bei Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus, Herzerkrankungen,

Nierenleiden, Blasenleiden, Wassersucht.

Wenn Sie schon andere Mittel ohne zufriedenstellenden Erfolg benutzt haben, so trinken Sie jetzt nur noch "Botano".

Aeratisch beigebracht und höchst empfohlen. Viele Auszeichnungen, Prämierstücke mit Aufkleberschrift gratis.

Eine Originalpackung nur 1,50 Mark, von 4 Paketen anfangen.

Botano-Werke, GmbH, Postfach 219/II Breslau II

### Carl Schlegel, Dentist

König-Johann-Straße 10, II. (früher Wallstraße 1)

empfiehlt für alle Zahnelebenden zum Anfertigen fühllicher  
Zähne jeder Art in bewährtem Material unter Garantie der Brau-  
werke. Spezialität: Vollständige Gebisse. Kronen u. Brücken-  
arbeiten in Gold. Kunstvolle Wombierung solid und haltbar.  
Möglichkeit schwerloses Zahngießen. Reparaturen und Um-  
arbeiten auch von mit nicht gefertigten Gebissen bereitwillig u. billig  
durchgeführt. Telefon 29696.



Heute Das Sensationellste, was  
w. folgende Tage: Dresden je gesehen!

Der Riesenketten:

### Der Mann mit der grünen Maske!

Dazu das brillante Varieté-Programm.

Nilt, Tober-Trio  
amerik. Tanzmebeln.

3 Urbanis  
Akrobaten in höchster Feilung.

### ? Völkerschlacht?

Paff und Prety  
erdmische Kesselscht.

Arlo Dolos. Partner  
komischer Kaffärkt.

Täglich abends 8 Uhr 20 Minuten, Sonn- und Feiertags  
2 Vorstellungen, 4 Uhr u. 8 Uhr 20 Min. [A 179]

Vorverkauf: Warenhaus Herold und Sarrosani-Theaterhaus.

### Herren-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge  
kaufen man am Billigsten bei  
E. Köhler, Am Wall

### Konkurrenzlos billig!

für meine reichlich Männer

### Dauerwäsche!

allerort Vertrieb, gef. 94%

Bro. Nachbereit für die

Wiederholung, Bezugss-

quelle für Wiederverkäufer.

R. Schulz, Niederr. L.

### Mutterspritzen

mit 2 Röhren von 1,75 M. an.

Spülflaschen, Seibbind, Reinigungspulser, Vorfallbind. u. Suppen-

löffel auf

billigste Preise.

Reinigung, so lange es

billig ist, der Preis

reinigt, so lange es

billig ist, der Preis

### Frauen-Tee:

allgemeint bei Geschweden u. M.

Reisfunk erzielt ihre S. Kreisleben

### FrauenArtikel

billigste Preise. In Satz 10 M. Ideal

### Frau Heusinger

ooo 32 Am Son 32 000

erster Laden von

Dippoldiswaldaer Platz.

Genau auf Namen und

Nummer auf.

### Gelegenheitskauf!

Vogt-Jäger. Weißglocken-

6 Uhr. Statt 80 M. nur 10 M.

Lebkuchenhandlung, 4. Jengatz.

Diejenigen

die kein Preis

leidet sein

wird sein

zu lang auf dem

angeführten Ab-

Verkauf

ausführlichen

aus uns die



merl ausschließlich auf das große Ziel richten. Als Weg zu diesem Ziel betrete sie die Erfüllung der Köpfe mit revolutionärem Geist. Diese leichte Auffassung hat in der österreichischen Partei eigentlich nie Anfang gefunden. Aber wir haben auch zwei Tendenzen; die einen sagen: Das Parlament ist ein unerlässliches Mittel des Heftschrittes und der Entwicklung der Arbeiterklasse. Es steht unter den Instrumenten des proletarischen Klassenkampfes an erster Stelle. Wir müssen seine Gebreke heilen und seine Arbeitsfähigkeit unaufhörlich stützen. Die andere Richtung sagt: Wir stellen dem Parlament die Forderungen des Proletariats. Wenn es sie nicht zu erfüllen vermag, verschlagen wir es, weil es dann aufhört, ein nützliches und brauchbares Instrument unseres Klassenkampfes zu sein. Denn eine Obstruktion der Sozialdemokratie würde unmittelbar die Verschlagung des Parlaments bedeuten. Diese Obstruktion aber würde unverzüglich zur Demoralisation der Partei führen. Bei jeder Wahl sind wir, denen das allgemeine Wahlrecht nicht als Geschenk von der Einsicht der Herrschenden geworden, sondern die wir es gegen die Welt des österreichischen Stumpfnsinns erobert haben, gezwungen, die Wichtigkeit des Parlaments zu überstreichen. Und wenn wir es durch die Obstruktion verneinen, wird das Proletariat dies Doppelspiel nicht verstehen. Das wäre eine selbstmörderische Politik. In der Beurteilung der Obstruktion als Erpressungsmittel schwance ich also nicht. Freilich, wenn eine Weisheit sich finde, die den freuen Mut hätte, an ein proletarisches Grundrecht zu greifen, gäbe es für das Proletariat und seine Abgeordneten nur eine Politik: Diese Leute so zu behandeln wie unter Bodeni. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber, daß die Obstruktion ein zulässiges Kampfmittel zur Verhinderung von Gesetzen ist, hat in Europa nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden. In unserem Parlament kommt das ganze ekelhaftesten Österreich zur Erziehung. Da die Arbeiter nicht die Möglichkeit haben, die eigentlich Verantwortlichen über die Faust zu legen, so nehmen sie unsere Fraktion her. (Große Heiterkeit.) Die Überhöhung des Parlaments, die in ihm ein Mittel der ökonomischen Verbesserung sieht, muß aus unseren Arbeitern heraus. Die Wirkungen des Untergangs des Parlaments können wir nur wett machen, wenn wir auf den Kern der Partei zurückfallen und das Lebensfröhliche hören. Nicht werden der politischen Bewegung, die das Rückgrat der Partei und der Gewerkschaften ist, jubel Stäfe durch allerhand kommerzielle Aufgaben entzogen. Dadurch entsteht eine geistige Verarmung in der Partei, und dagegen möchte ich meine warnende Stimme erheben. Wir müssen den eigentlichen Befordestern unserer Arbeit, das Sozialdemokratische, mehr in den Vordergrund rücken. (Lebhafster Beifall.)

**Cermak, Zeplitz**  
Geschieht folgende Resolution: „Der Parteitag lehnt die Obstraktion als ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik ab. Die Obstraktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar. Der Parteitag vertritt den Club der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er die Waffe der Obstraktion gebrauchen wird, wenn die Umstände dies erfordern und einen Sieg des Obstruktionskampfes erhoffen lassen. Der Parteitag vertraut der Arbeitersklasse, daß sie in diesem Halle dem Obstruktionskampf im Parlament Rückhalt und Schwung geben wird im organisierten Massenkampf außerhalb des Parlaments. Der Parteitag warnt vor der Überschreitung der Möglichkeit, durch Angriffe der parlamentarischen Taktik Erfolge zu erreichen. Die Macht unserer Abgeordneten ist immer nur bestimmt durch die Zahl, die Geschlossenheit, durch die Reife und Kampfbereitschaft der Massen, deren Beauftragte sie sind. Die Organisierung der Massen und ihre Erfüllung mit sozialistischer Erkenntnis ist daher der einzige Weg zu Siegen im Parlament wie außerhalb des Parlaments. In dieser Erkenntnis geht der Parteitag die Anträge der Bezirksgesellschaften Graz und Wien XII zur Tagesordnung über.“

Die Diskussion selbst bot allem unter dem Beiflter, daß sich hinter dem Worte Obstruktion die verschiedensten Begriffe verbreiteten. Gewisse Arten der Obstruktion sind in unserem Parlament von jeher gebräuchlich und von jener von uns angewendet worden. Hier aber kommt eine andere Obstruktion in Frage, die da sagt: Dies Gesetz, das die Mehrheit beschließen will, wollen wir verhindern, und wenn alle Verteilung grausgehen. Die Entscheidendheit, mit der wir die Förderung nach dieser Obstruktion bekämpfen, hat ihren Grund darin, daß wir glauben, daß sich hierin eine gewaltsame Überschlagszang befindet, was durch bloße formelle Ausdrücke diesem Parlament abzuringen ist, ausdrückt. Unsere Hauptaufgabe ist es, nicht zu obstrukieren, sondern den bürgerlichen Parteien im Parlament die Verteilung des Gesichts zu teilen und neue Arbeiterschichten von ihnen zu lösen. Unsere Abgeordneten sollen im Parlament keine Geschäfte abschließen, sondern die große Arbeiterschaft, die heute noch nicht sozialdemokratisch ist, den bürgerlichen Parteien entziehen und diese durch die Furcht vor allmählicher Zurückgewölbung erzögeln. Das ist fruchtbare Arbeit und vor allem die einzige sozialdemokratische Arbeit. (Beiflter Beifall.) Die Erfolge, die sich die Arbeiter erträumen, sind überhaupt nicht zu haben in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Österreich sieht sich nach dem Balkankrieg in einer geradezu katastrophalen Situation, die mit keiner Soldatenvermehrung zu befehligen ist. Das Parlament steht in einem Zustand der Unmöglichkeit, weil die Mehrheit jeder Widerheit völlig preisgegeben ist. Das kann ein Großstaat nicht ertragen. In einer solchen Zeit muß man es sich dreifach überlegen, mit den Slowenen dabei zu sein. Unsere Aufgabe ist, die Gefahr einer absolutistischen Entscheidung zu zeigen, die Massen zum Kampf dagegen aufzurufen, und wenn eine Lösung überhaupt noch möglich ist, zum Kampf um eine Lösung auf dem Wege der Demokratie! Lehren wir die Genossen erkennen, daß der Welt umgedreht und weiter umgedreht wird, daß jeder technische Fortschritt große Veränderungen herbordekt, daß jede Veränderung in Wien, jede Säzung in Indien, jede Revolution in China ungeheure Wirkungen für die ganze Welt hat, und daß solche Umwälzungen für uns bedeutend sind, daß für uns in einer Stunde geboren werden kann, was sonst in Jahren nicht möglich ist. Lehren wir sie glauben, daß Österreich nicht allein existiert, daß unsere Geschäfte nicht entschieden werden im Parlament, sondern durch das große Weltgeschehen der kapitalistischen Entwicklung. Wenn die Genossen das verstehen, werden sie nicht kleinmütig sein. Sie werden hoffen auf die Entscheidung. (Beiflter Beifall.)

- (Webhafter Wettsch.)

Abg. Dr. Biltz Adler:

Doch die Massen in seiner angenehmen Stimmung sind, begreift sich. Auch wir sind in seiner gehobenen Stimmung, und jeder, der einmal ein paar Wochen im Ausland gewesen, hat, wenn er das erste Schatzgesetz Brett sieht, das Gefühl, er schwankt, ob er in ein Gefängnis oder in ein Irrenhaus zurückkehrt. (Große Heiterkeit.) Wenn ich nach Österreich hereinkomme und überlege, was uns hier fehlt, dann ist es mein letzter Gedanke, daß uns die Obstitution noch fehlt. (Große Heiterkeit.) Darauf haben wir schon recht viel. Doch nie aber ist mir eingefallen, daß man die Schwächen des Parlaments am besten dadurch füriert, daß man das Parlament erschlägt. Trotzdem begreife ich die Stimmung. Es ist die echt österreichische Stimmung: Wenn es nicht weiter geht, „dann bau'n m' r' s' Jamml!“ Pregrammatisch hat sich diese Stimmung in verschiedenen Schlagworten ausgedrochen. In alten Zeiten hieß es: „Wir müssen wieder“

Seite 14

das hat gekiehen mit Dynamit unmöglich. Die Zeiten sind zuhiger geworden. Wir haben heute Leute, die parlamentarische Geschichte studiert haben und Bücher schreiben. Die deünden sich nicht so aus, die sagen: Mit den schärfsten Mitteln. Das ist nicht mehr Dynamit, sondern etwas viel harmloseres, nämlich Obstruktion. Wir sind seinerzeit von „allen Mitteln“ zurückgekommen und haben das Amentement gemacht: Mit allen abweidlichen Mitteln. Die Obstruktion in Österreich koste ich nun für kein im allgemeinen gewidbienliches Mittel. Wir sind davon durchdrungen, daß wir in Österreich das Parlament als eines der Mittel der Entwicklung für unsere Völker brauchen und daß wir die Gewissenhaftigkeit haben, uns mit Selbstverleugnung in den Dienst dieses Parlaments zu stellen. Unsere Arbeiterschaft mit der Meinung erfüllen, daß wir Wirkungen erzielen können, über unsere wirkliche Kraft hinaus, heißt die Waffen trüten. Es ist ein Übergloub, daß es nur ein Sprung ist von der Ohnmacht zur Allmacht. Macht wird nur allmählich durch harde Arbeit gewonnen. Wer freilich so agitiert hat, daß er gesagt hat, wenn ich gewählt werde, wird die Milch billiger und das Fleisch, der hat sich die Folgen seines Unverständes und seiner Demagogie selbst zuschreien. (Lebhafte Zustimmung.) In Deutschland lautete der klassische Ausdruck gegen die Aktion seinerzeit: Ihr seid nicht ruppig genug! Hier sagte man uns, unsere Taktik sei die geprügelster Jungen. Solche Vorwürfe verstoßen nicht jene gewissenhafte Erfassung der Funktion unserer parlamentarischen Vertretung, wie sie von Genossen auf hervorragendem Posten unbedingt verlangt werden muß. Dann wird der Spiek umgedreht und gesagt, man kann uns doch nicht zumuten, auf die Obstruktion zu verzichten. Ich meinerseits verzichte auf gar nichts. Es ist ja möglich, daß in irgend einer Situation die Obstruktion ein vernünftiges Mittel sein kann, und wenn ich den Verstand habe, diesen Moment zu erkennen, dann werde ich obstruieren, aber ganz allgemein zu sagen, ihr müßt mehr verschärfste Mittel anwenden, das heißt Obstruktion machen, das ist, wie wenn ein unvernünftiger Arzt sagen würde: Es muß im allgemeinen mehr Chinin angewendet werden. (Große Heiterkeit) Wichtig bleibt, und wenn die Diskussion das unterstrichen hat, war es gut, daß wir über die täglichen Arbeit nicht verzögern dürfen, daß Sozialdemokraten sind, und daß wir Sozialdemokraten zu gewinnen haben und nicht allein Parteimitglieder. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht um das Proletariat mit Erfolgen zu füllern, sie in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu holen sind, sondern um es unzufrieden und zugleich kämpffähig und kampffroh zu machen, um es vorwärts zu treiben, arbeiten wir. Gewiß, es ist eine schlechte Zeit, und ich gebe zu, wer da steht, wie durch die Komplikation von Krise und Lebensmittelsteuerung und Belastung mit neuen Steuern das Elend steigt, kann traurig werden. Über der einzige, erbrautnen Gewinne nicht eindämmen, so daß jetzt eine Erhöhung des Aktienkapitals von 900 000 M. auf 3 Millionen Mark durch Ausgabe von Gratisaktien vorgenommen wird. Die seit Jahren gezahlte Dividende von 25 Prozent erfordert bei einem Aktienkapital von 900 000 M. 225 000 M., die Zahlung von 50 M. auf jeden Genußschein bei 5000 Genußscheinen 250 000 M. Bleiben die Gewinnverhältnisse bestehen, verbesserten sie sich nicht, so käme nach der Kapitalerhöhung auf 3 Millionen Mark nur die beobachtete Dividende von 7½ Proz. zur Verteilung. Obgleich die Gewinne dann nicht um einen Pfennig zurückgegangen wären, stellte sich ein Dividendenstruktur ein, weil an der Dividendensumme nicht mehr wie bisher 900 000 Mark, sondern 3 Millionen Mark teilnehmen. Ereigneten sich derartige Operationen in Amerika, so wäre die deutsche kapitalistische Presse sicherlich voll von Schilderungen über die Machenschaften des Kapitals, daß Treu und Glauben nicht kennt und die wildesten Ausschreitungen ungeniert begeht. Da aber das deutsche Kapital, wie schon erwähnt, für solche Mani-  
pulationen eine starke Vorliebe besitzt, werden berlei Schreibungen als normale Transaktionen angesehen. Diese Toleranz ist aber gänzlich unangebracht, die Ausgabe von Gratisaktien bringt eine Fälschung des Rentabilitätsbildes, sie ist aber sernerhin aus Steuergewinnen zu bekämpfen. Erzielte und aufgestapelte Gewinne werden zum Aktienkapital geschlagen, dadurch erlangt die Gesellschaft die Möglichkeit, erheblich größere Abschreibungen als früher zu machen, ohne daß etwas anderes in ihren inneren Verhältnissen vollzog als eine Buchung. Es müßte seltsam auftreten, wenn ein Unternehmen bei einem durch Ausgabe von Gratisaktien auf 3 Mill. Mark erhöhten Aktienkapital nicht den Anspruch auf höhere, von der Steuer freie Abschreibungen erhoben sollte als bei einem Kapital von 900 000 M. Willigt die Steuerbehörde aber gestiegerte Abschreibungen unter diesen Umständen zu, so läge in Wirklichkeit nur eine verdeckte Steuerhinterziehung vor. Aus diesen Gründen hätten die Regierungen nicht zuletzt Anlaß, dem höchst unerwünschten Zustande der Ausgabe von Gratisaktien ein Ende zu bereiten.

**Handel und Industrie.**

"Wellenfeller."

Heinfähigkeit ist ein hervorstechender Zug der Verwaltungen zahlreicher Aktiengesellschaften. Diese Heinfähigkeit geht so weit, daß Direktoren und Aussichtsräte die Steigerung der Gewinnziffern über ein gewisses Maß hinaus höchst peinlich empfinden, und keine Mühe scheuen, die Gewinnziffern zu reduzieren. Wohlgemerkt, die Gewinnziffern, *leinen weg* jedoch die Gewinne. An den höchsten und allerhöchsten Gewinnen nehmen die Verwaltungen keinen Anteil, ihr Heinempfinden erstreckt sich nur darauf, den Aktionären sowie der Arbeiterschaft „*leinen Anlaß zum Neid*“ zu geben, wie es in der Verwaltungssprache heißt. Sind die Dividenden schon überaus hoch und lassen sich große Teile des erzielten Gewinns nicht mehr als Reserven zurückhalten, die in den Bilanzen unauffindbar sind und damit der Daseinsfähigkeit verborgen bleiben, so wird zur Kapitalabschaffung geschritten. Die radikalste Form der Kapitalsverwässerung ist die *Wagabe von Gratisaktien*. Long ist die Reihe deutscher Aktiengesellschaften, die in der letzten Zeit ihre Aktionäre durch Gratisaktien erfreut und damit den Beweis verstärkten, in welch enormem Umfange die Rentabilität der Aktiengesellschaften gestiegen ist. Klobige Kapitalüberwässerungen durch Gratisaktien nahmen u. a. die Gasglühlicht-Gesellschaft Auer, die Maximilianshütte und die Berresheimer Glashüttenwerke vor; wir nennen diese Unternehmungen, um zu zeigen, daß das System der Gratisaktien an den reichsten Betrieben nicht mit

Aber den Rekord in der Ausgabe von Gratisaktien stellt die Brauerei zum Felsenkeller in Dresden auf. Sie erhöht ihr Kapital von 900 000 M. auf Millionen Mark, und zwar dadurch, daß die Aktien, die bisher einen Nennwert von 800 M. haben, gratis auf einen Wert von 1000 M. erhöht werden. Auf dieser Kapitalvermehrung um 2,10 Millionen Mark wird ein Gewinn und 1 Million Mark dem Spezialreservfonds entnommen. Der diesjährige Reinewinn stellt sich auf 1,83 Millionen Mark gegen 1,64 Milliarde im Vorjahr, ihm werden nicht nur die erwähnten 10 Millionen Mark für die Gratisaktien entnommen, er ermöglicht auch die Zahlung von 25 Prozent Dividende auf die Aktien und von 50 M. Gewinnanteil auf die Genußscheine. Durch Beschlüsse im Jahre 1896 und 1905 gab die Gesellschaft zu jeder Aktie zwei Genußscheine aus, insgesamt, da 3000 Aktien zu je 300 M. vorhanden waren, 6000 Genußscheine. Diese Genußscheine wurden den Aktionären auch gratis überwiesen, höchstens waren für die geringen Stempelkosten zu entrichten. Jahr für Jahr wurde auf jeden Genußschein eine Dividende von 50 M. zahlst. Ende 1911 und Ende 1912 wurden je 500 Genußscheine ausgelöst, sie wurden ihren Besitzern von der Gesellschaft zum Preise von 1000 M. für das Stück abgekauft.

**Metalle.** Die Kupferpreisegaben am Berliner Kupfermarkt weiter um 1 bis 2 R. nach; Dezemberlieferung stellte sich auf 144½ R., Märzlieferung auf 141½ und Aprillieferung auf 140½ R. Vancajina kostete 376, Bustreligina 374 R. Die Preise der beiden Hob für 100 Kilogramm

Ruhiges Abwärtsgleiten.

Abriss der Tabakausfuhr in Deutschland. Nach den  
gleufigen Zahlen des Statistischen Amtes beträgt die Tabakausfuhr  
der Deutschen im Jahre 1913 14 181 Heftar gegen 15 775 Heftar  
Vorjahr. Im Jahre 1911 wurden 17 018 Heftar in Deutschland

Der erste Reichsbauaufweis nach der Wiedervereinigung gibt eine Verschlechterung von 236,8 Millionen Mark, die indest ungewöhnlich ist, in der Vergleichswoche des Vorjahrs fiel die Verschlechterung auf 251,6 Millionen Mark. An die Stelle der steuerfreien Ratenreserven von 56,8 Millionen Mark, die am Oktober bestand, trat bis zum 31. Oktober ein steuerpflichtiger Betriebsauslauf von 180,3 Millionen Mark. Der Wechselbestand lag um 32 Millionen Mark, der Wertkund an Lombarddarlehen um 38,53 Millionen, in der Vergleichszeit des Vorjahrs lieg der Wechselbestand um 30 Millionen, die Lombarddarlehen hatten soll 56 Millionen Mark zugemommen. Von einem ungünstigen Einfluss der Wirtschaftskrisis auf die Situation der Bauwirtschaft kann



Das Tabakblatt: das Kennzeichen der altbeliebten  
echten **Tasmalzi-Dubec** ½,- Cigaretten

Georg A. Jasmazí A.G., Dresden  
Größe deutsche Cigarettenfabrik, 2.20



